

Wöchentlich 70 Hg., monatlich 2,-- R. Im voraus zahlbar. Vollbetrag 1,75 R. einjähr. Beleggeld. Auslandsbekanntmachung 3,50 R. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Donnerstags und Freitags einmal, die Wochenausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwöchliche Beilage“, „Holl und Zeit“ und „Landesfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in die Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag
26. April 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konpartierung des 20. Blattes „Kleinanzeigen“ des Freitagblattes „Vorwärts“ (jünglich zwei Freitagblätter) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenblätter das erste Wort 12 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60. Dienstag Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40. Dienstag Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, monatlich von 8/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Vindenbergstraße 3
Druckerei: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vorrichtkonto: Berlin 57556 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskontokonto-Gesellschaft Depositenkasse Lindenstr. 3

Massenaufmarsch für die Sozialdemokratie

Machtvolle Wahlkundgebung der Berliner Sozialdemokratie im Sportpalast.

Die von der Sozialdemokratischen Partei im Sportpalast veranstaltete Wahlkundgebung, auf der die Genossen Weiss, Crispian, Künster, Falkenberg und die Genossinnen Gertrud Hanna und Toni Sender zu den Massen sprachen, hat gezeigt, daß das werktätige Berlin hinter den Fahnen der Partei marschiert. Der Ruf der Partei hat ein zehntausendfaches Echo gefunden. Mit stolzer Genugtuung können die Berliner Parteigenossen auf den gestrigen Tag zurückblicken. Diese von einer hinreißenden Wucht getragene Veranstaltung war das Bekenntnis der Arbeiterschaft zur Politik der Sozialdemokratie. Für uns ein verhöhnungsvoller Aufruf für den Wahlkampf, für die noch abseits Stehenden und Jägernden ein eindrucksvoller Appell, sich der Partei des arbeitenden Volkes anzuschließen, — für unsere Gegner von rechts und links aber ein mit Flammenzeichen geschriebenes Renetefel!

Schon lange vor Beginn der festgesetzten Zeit begann sich der Riesentraum des Sportpalastes zu füllen. Aus den entferntesten Stadtteilen marschierten die einzelnen Jünger der Partei und des Reichsbanners mit klingendem Spiel und wehenden roten Fahnen und Bannern heran.

Ein prächtiger Anblick war es, als der lange Zug der Sozialistischen Arbeiterjugend in den Sportpalast einmarschierte. Mit zahllosen roten Fahnen und dem gemeinsamen Gesang der Internationale trat die Jugend ihren Einzug, von den Beifallsstürmen der Versammelten begeistert begrüßt. Vor dem von rotem Tuch umschlungenen Rednerpult hatten zahlreiche Bannerträger und die Fanfarenbläser des Reichsbanners Aufstellung genommen — ein farbreiches Bild, das einen wirkungsvollen Rahmen schuf.

Kurz vor Beginn der Kundgebung, die der zweite Vorsitzende des Bezirksverbandes Groß-Berlin, Genosse Litzke, eröffnete, wurde der Sportpalast durch die Polizei wegen Ueberfüllung gesperrt. Trommelwirbel und Fanfarenmusik ertönten. In dem Riesentraum herrschte atemlose Stille. Dann erscholl vom ersten Rang herab der Ruf: „Wiederheraus der Chöre des Arbeiterlängerbundes, deren meisterhafte Wiedergabe der Lieder „Frühlingsstürme“ und „Belag der Wälder“ horten Beifall hervorrief. Neue Fanfarenstöße kündeten den ersten Redner an: Der Spitzenkandidat der Berliner Reichstagsliste, Genosse Arthur Crispian, trat, von stürmischem Beifall begrüßt, an das Rednerpult.

Genosse Crispian:

Frauen, Männer, Jugendliche! Die Sozialdemokratie ist die härteste Partei, die ihre Schlagkraft durch alle Wechselstöße bewahrt hat. Die bürgerlichen Parteien fürchten sie gerade im gegenwärtigen Wahlkampf. Ihre geschichtliche Aufgabe besteht in der Befreiung der arbeitenden Massen vom Kapitalismus. Die Reaktion erklärt: Der November 1918 ist vorüber, „Ruhe und Ordnung“ müssen wieder eintreten, die Kommunisten wollen gewaltsam eine Ueberwindung erzwingen. Die Sozialdemokratie erklärt demgegenüber: Wir stehen mitten in der gesellschaftlichen Revolution, alles ändert sich ständig in Staat und Wirtschaft.

Der größte Kapitalist, das sind die modernen Großbetriebe, das internationale Kapital.

Die Kapitalisten haben Mittel vom Staat verlangt, angeblich um ihre Betriebe aufrechterhalten zu können. Dadurch ist die Theorie der Kapitalisten abgetan, wonach sich in die Wirtschaft niemand einmischen darf, am wenigsten der Staat. Die Sozialdemokratie sagt deshalb: die politische Freiheit genügt nicht, wir brauchen in einer demokratischen Republik wirtschaftliche Rechte, d. h. wir müssen Einfluß auf die Wirtschaft gewinnen, wir gebrauchen Betriebsdemokratie mit dem Ziele der Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische. Und weil wir mit jedem Tage diesem Ziele näher kommen, deshalb verfolgt uns der Haß der Reaktion. Sie will die Demokratie abbauen, wenn nötig, mit Hilfe des Faschismus! Im Wahlkampf gilt es, diese Pläne zu durchkreuzen. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die nicht ein besonderes Klasseninteresse anderen Volksgenossen aufdrängt, sie erstrebt das Gemeinwohl aller, eine Republik der arbeitenden Massen! (Stürmischer Beifall.)

Genossin Toni Sender

Sprach über die Zoll- und Steuerpolitik des Bürgerblocks. Vor den letzten Wahlen erklärten die bürgerlichen Parteien, mit der Sozialdemokratie kann man keine Wirtschaftspolitik machen. Borteile für ihre eigene Klasse, das war ihr Regierungsziel. Darin gingen Großindustrielle Arm in Arm mit den Großgrundbesitzern. Erhöhte Zölle bezahnten 500 Millionen Mark mehr in die Steuerkassen, nur, daß das arbeitende Volk sie bezahlte muß. Dafür hat man zu gleicher Zeit die Besitzsteuer abgebaut. Wie steht die Bilanz am Ende der Regierungsperiode?

Stärkste Belastung der arbeitenden Massen. Schonungslos des Beifalles — damit gehen die Rechtsparteien in den Wahlkampf.

Wer wollte da noch im Zweifel über den richtigen Stimmzettel sein? Arbeiter, Angestellte, Beamte haben die Mehrheit in der Republik, sie müssen den neuen Reichstag schaffen! (Beifall und Händeklatschen.)

Ueber Beamtenchaft und Wahlen sprach der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes.

Genosse Falkenberg:

Immer wenn es Wahlen gibt, werden die bürgerlichen Parteien beamtenfreundlich. Die Sozialdemokratie aber hat immer die Interessen der Beamten vertreten! Wenn die Beamten sich vor der Aufgabe des Stimmzettels noch einmal die Laten des Bürgerblocks in Beamtenfragen vor Augen halten, wird man sich kaum vorstellen können, daß noch ein Beamter rechts wählen könne.

Ein Wort genügt: Beamtenbefreiung! Wo ist das Mitbestimmungsrecht der Beamten geblieben?

Nicht als schöne Worte hat man für die Beamten gehabt, im übrigen aber forderte man Disziplin und Kadavergehorsam! Die Leute, die die Beamten schmählich betrogen, schreien jetzt: Halter den Dieb! Sie behaupten, die Sozialdemokraten wollen das Berufsbeamten-tum abbauen, sie selbst haben aber in das Arbeitsverhältnis der Beamtenchaft aus schärfster eingegriffen. Sozialismus ist auch für Beamte konsequent durchdachter Fortschritt: Die Sozialdemokratie will eine Volksgemeinschaft bauen, in der auch der Beamte sein Recht findet, aber auch seine Pflichten hat! Deshalb gehören die Stimmen der Beamten am 20. Mai der Sozialdemokratie!

Ueber das Thema „Der Preussische Landtag, die Frauen und die Wahlen“ sprach

Genossin Gertrud Hanna:

Noch nie war die Teilnahme der Frauen am Wahlkampf so groß wie diesmal. In Versuche, den Frauen ihr Recht streitig zu machen, hat es besonders im Reichstag nicht gefehlt, im Preussischen Landtag jedoch sind die Reaktionen abgerufen. Als 1903 die Sozialdemokratie sich zum ersten Male an der Landtagswahl beteiligte, konnte sie mit 18,79 Proz. der Stimmen kein Mandat erringen, während die Konservativen mit ihren 19,80 Proz. 143 Mandate bekamen. Das war das Wahlrecht von damals.

Wie die Zeit sich geändert hat, zeigt die Tatsache, daß durch die offene Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung der republikanische Kurs in Preußen fest durchgehalten wurde,

und dadurch vieles Unheil in Deutschland verhindert wurde. Der gute Anfang in der Demokratisierung der Verwaltung, der den Beamtenkörper in demokratisch-republikanische Hände brachte, muß fortgesetzt werden. Das ist nicht das geringste Ziel am 20. Mai. Alle Länder Augen richten sich auf Deutschland. Das Volk hat jetzt Gelegenheit, zu beweisen, ob es die Feinde der Republik groß werden lassen will, oder ob die Feinde der Republik von Republikanern geführt werden soll! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Künster:

Jetzt hat das Volk wieder einmal Gelegenheit, zu prüfen, wo Feinde und Freunde stehen. Bei den Wahlen geht es nicht nur um Mandate und Stimmenzahlen, es geht um mehr, um die politische Macht!

Die Macht der Parteien muß gebrochen werden, die früher im Obrigkeitsstaat das Heft in den Händen hatten.

Wenn heute die Herzt und Konfession höchsten Posten im Staat bekleiden, so liegt das daran, daß 1924 noch Millionen Schwarzweißrot wählten. Das muß anders werden! Gegen die Republik kämpfen Deutschnationale und Kommunisten. Beide politische Richtungen haben bewußt verhindert, daß die Republik sozial ausgebaut wurde. All denen, die noch im Zweifel sind, sei gesagt:

Linkstartell für die Stichwahl.

Gegen Reaktion und Moskaudiktat.

V. Sek. Paris, 25. April.

Die verhältnismäßig starken Erfolge der Rechten beim ersten Wahlgang und die wahnwitzige Parole der Kommunisten haben hellam gewirkt. Fast in ganz Frankreich bildet sich geradezu automatisch wieder das Kartell der Linken für die Stichwahl, indem Radikale für aussichtsreichere Sozialisten und umgekehrt Sozialisten für aussichtsreichere Radikale zurücktreten, um die Reaktion und nötigenfalls auch die Kommunisten zu schlagen.

Die Kommunisten haben sich als ausgesprochene Schrittmacher der Reaktion erwiesen. In dem Beschluß des sozialistischen Parteitag von Paris und Umgebung „der jede Unterstützung der Kommunisten ablehnt, heißt es ausdrücklich, daß nach der Kundgebung der kommunistischen Partei diese nicht mehr geeignet erscheine, die Reaktion zu schlagen. Die

Empörung der sozialistischen Arbeiter über die Kommunisten ist ungeheuer. Der Sonntag wird zeigen, inwieweit diese Empörung auch von bisher kommunistischen Wählern geteilt wird. Viele kommunistische Kandidaten, die infolgedessen ihrer guten Sieges-

Mit der Wiederaufrichtung der Monarchie wäre Deutschland wieder „Kaserne-Deutschland“. Gerade die Jugend, die Jungwähler, sollten bedenken, daß sie dann wieder ihre besten Jahre hinter Kaserne-mauern verträumen müßten. Das muß verhindert werden! Für unsere Ziele haben die Besten des Volkes gekämpft. Für ihre Ziele wird siegen am 20. Mai — die Sozialdemokratie! Daran wird auch Herr Reudell mit seinen besten Freunden, den Kommunisten, nichts ändern.

Genosse Otto Wels:

Nicht nur in Deutschland, in allen großen Ländern des Kontinents rüftet das Volk zu Wahlen. Im besonderen wird das Ergebnis der Wahlen in Deutschland und in Frankreich ausschlaggebend sein für die Erhaltung des Friedens auf dem Kontinent. Die Entscheidung, die fallen werden, werden auch die Frage der endgültigen Reparationsregelungen in sich schließen. Daß diesem Bestreben die Sozialdemokratie ihre besten Kräfte widmet, ist selbstverständlich. Dabei fordert unsere Partei den Ausschluß jeder Geheimdiplomatie, die sich besonders im Süden Europas wieder zeigt. Von dort scheinen auch die Lunte zu den Pulver-säckern zu führen, die vielleicht doch noch einmal den Kriegsbrand über Europa bringen sollen. Dagegen geht der Kampf der Sozialdemokratie!

Wie lang es früher von deutschnationaler Seite? Hörte man nicht stets den Ruf nach der Befreiung von Versailles Diktat? Wollte man nicht erst dann an Reparationszahlungen herangehen, wenn die stehende Bejahungsbeere Deutschland verlassen haben? Was haben wir demgegenüber erlebt in der Zeit des Bürgerkriegs?

Die Deutschnationalen trieben die weitestgehende Erfüllungspolitik, die man sich nur denken kann; sie wollten nach ihrer eigenen Angabe lieber Jahre der Befahrung ertragen, als daß sie beispielsweise die neuen Ostgrenzen anerkannten.

Allerdings, wer mit solchen Grundrissen in der Regierung sitzt, braucht sich nicht über außenpolitische Mißerfolge zu wundern. Demgegenüber steht die Sozialdemokratie mit einem Programm, das nicht zuletzt von vernünftigen politischen Gegnern anerkannt werden mußte und dessen Grundzüge die Stresemannsche Außenpolitik heute noch verfolgt. Am Wahltag wird sich entscheiden, wer das Volk hinter sich hat, die völkerbefreiende Sozialdemokratie oder politische Bankrotteure!

In das vom Redner ausgebrachte Hoch auf die Sozialdemokratische Partei stimmten die Zehntausende begeistert ein.

Die Reden, oft von stürmischem Zustimmung unterbrochen, wurden mit rauschendem Beifall aufgenommen.

Dann schloß Genosse Wels die mächtige Kundgebung nach einem Vortrag der Sänger und einem Fanfarenbläserchor des Reichsbanners mit der Aufforderung, die Zeit bis zum Wahltag zu verstärkter Wahlarbeit zu benutzen.

Der Abmarsch.

Ohne Störungen, wie der Abmarsch, vorletzte auch der Abmarsch der Jünger. Das Reichsbanner nahm auf dem Vorplatz Aufstellung, die Polizei hatte umfangreiche Postenketten aufgestellt, um den Abmarsch zu regeln. Der Verkehr in der Potsdamer Straße wurde nach Schluß der Versammlung unterbrochen, um auch die Dämme für den Abmarsch freizuhalten. Die Ortsvereine des Reichsbanners marschierten geschlossen in ihre Bezirke zurück, ihnen schlossen sich zu Tausenden die Versammlungsbesucher an. Die alten Kampflieder der Partei klangen durch die nächtlichen Straßen und zeigten, daß die Partei marschiert!

auslichten beraubt sind, machen gegenüber sozialistischen Parteifunktionären kein Hehl daraus, daß sie den Moskauer Mas ein- sichtig nicht begreifen können und ihn für verhängnisvoll halten. Nur der Kadavergehorsam und die völlige Abhängigkeit von den Sowjet-gebern hat bisher eine offene Rebellion größten Stils in ihren Reihen verhindert. Aber die Nachwirkungen dieses wahn- witzigen Befehls werden in der kommunistischen Partei nicht ausbleiben, vielleicht schon am 29. April, jedenfalls aber später, wenn die Arbeiterklasse die Folgen einer Stärkung der Reaktion am eigenen Leibe zu spüren bekommen wird.

Bei näherer Prüfung der Wahlfaktoren stellt sich heraus, daß die Kommunisten seit 1924 im ganzen nicht einmal 200 000 Stimmen gewonnen haben. Dieser Gewinn ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie am 22. April 1928 in zahlreichen Departements Kandidaten aufgestellt hatten, wo sie am 11. Mai 1924 nicht selbstständig aufgetreten waren. Es gibt in Paris sogar proletarische Bezirke, wo die Kommunisten etliche tausend Stimmen gegenüber 1924 verloren haben. Gewonnen haben sie vor allem dort, wo ihre Kandidaten wegen antimilitaristischer Propaganda und der-

gleichen zu Herausfordernd schweren Gefängnisstrafen verurteilt waren. Außerdem haben sie einen Zuwachs im Elend zu verzeichnen, der aber zum Teil durch autonome Stimmungen zu erklären ist. Endlich in einigen industriellen Gegenden, wo der Klassenkampf besonders scharf ist, von einem starken kommunistischen Vormarsch kann man also nach genauerer Prüfung der Wahlergebnisse kaum sprechen.

Dagegen liegt es auf der Hand, daß ohne die Spaltung die Arbeiterklasse mit etwa 2 700 000 Stimmen einen viel stärkeren Faktor in der französischen Politik darstellen würde.

Ganz abgesehen von den Hunderttausenden, die in die Arme der bürgerlichen Parteien getrieben wurden, zum Teil, weil sie durch den Bolschewistenpopanz der reaktionären Presse erschreckt, zum Teil, weil sie durch das peinliche Schauspiel des erbitterten Kampfes zwischen Arbeitern angezogen wurden.

Die Linkspresse verzeichnet mit Zufriedenheit und wachsender Zuversicht die Bildung von Wahlbündnissen der Sozialisten und der Radikalen für den nächsten Sonntag im ganzen Lande. Das Schauspiel ist in der Tat großartig, mit welcher Einheitlichkeit die „republikanische Disziplin“ in die Erscheinung tritt. Oft treten solche ehemals radikal, aber auch ehemalige sozialistische Abgeordnete ohne weiteres zurück, die nur wenige Stimmen hinter den anderen linksgerichteten Kandidaten zurückgelassen sind, lediglich, damit die Reaktion von rechts und von links mit größerer Sicherheit besiegt werde. Besonders in Mittel- und Südfrankreich ist diese Bewegung fast überall zu verzeichnen. Die wenigen Ausnahmen haben fast ausschließlich lokale und persönliche Ursachen.

Im Norden liegen die Dinge etwas anders: Dort stehen sich seit jeher bürgerlich-radikale Industrieherrn und sozialistische Arbeiter als Hauptgegner gegenüber. Der bereits gemeldete Beschluß des Sozialistischen Parteitag in Lille auf Unterstützung der Kommunisten, bezieht sich übrigens nur auf drei Fälle, in denen die Kommunisten mehr Stimmen hatten als die Sozialisten. In 18 Fällen dagegen, wo der Sozialist vor dem Kommunisten lag, wird die sozialistische Kandidatur aufrechterhalten und dürfte trotz aller Rostauer Befehle die kommunistischen Stimmen wenigstens zum größten Teil ernten. Nur in einem Falle erfolgt dort der sozialistische Rücktritt zugunsten eines ausichtsreicheren Radikalen gegen einen ausgesprochenen Nationalisten.

Die reaktionäre Presse hat die ersten einheitlichen Meldungen über das bevorstehende Zusammengehen der Linken mit deutlicher Nervosität verzeichnet. Nachdem sich dieses Bild vervollständigt hat, ist diese Nervosität in Wut ausgeartet. Der „Temps“, der noch am Dienstag über den Beschluß der Rostowiter triumphierte, sieht die Stelle der Reaktion davon schwimmen, besonders, nachdem

die Sozialisten der Hauptstadt auf die kommunistische Provo-kation die gebührende Antwort erteilt und die Aufrechterhaltung der Kandidatur Cham beschlossen haben.

Das Blatt überschüttet — ebenso wie die sonstigen rechtsgerichteten Abendblätter — die Radikalen mit Vorwürfen, weil sie sich mit den sozialistischen Gegnern der Regierung Poincaré zusammengesunden haben, während ihre Minister in der Regierung Poincaré sitzen. Andererseits richtet der „Temps“ heftige Angriffe auf die Sozialisten und versucht, die Pariser Sozialisten gegen die Sozialisten des Nordens auszuspielen. Mit geradezu komischer Gehebe hält der „Temps“ den Pariser Sozialisten vor, daß sie ihrem Parteitagbeschluß vom Dezember nicht treu geblieben seien, denn sie hätten eigentlich den Kommunisten auch ohne Gegenseitigkeit helfen sollen. Daneben wird abermals den Kommunisten eine gute Zensur erteilt, weil sie so treu und brav den Rostauer Befehl ausführen — d. h. das Spiel der Reaktion treiben!

Westarp will wieder Bürgerblock! Seine neueste Parole.

Graf Westarp hat in einer Wahlversammlung in Stettin die Parole ausgegeben: Behauptung der Bürgerblockregierung.

„Die Entscheidung am 20. Mai fällt zwischen Sozialdemokratie und Deutschnationaler Volkspartei. Der Sozialdemokratie gilt vornehmlich der Kampf. Der Kampf gegen die Parteien der Mitte wird nur soweit geführt, als diese im Gefolge der Sozialdemokraten stehen. Es hängt in erster Linie von der Stärke der Stimmengabe ab, die sich rechts oder links als Regierungsmehrheit oder als Opposition bildet, ob sich nach dem 20. Mai das Zentrum und mit ihm die anderen Mittelparteien für links oder rechts entscheiden werden. Erste Pflicht ist also schärfster Kampf gegen den sozialdemokratischen Einfluß mit dem Ziel der Behauptung der Regierungsgewalt im Reich, in Bayern und Württemberg und den Bruch der Macht der Sozialdemokratie in Preußen.“

Bürgerblock oder Sozialdemokratie — das ist der Kern der Wahlauseinandersetzung. Die Opfer und die Betrogenen des Bürgerblocks wissen also, wem sie ihre Stimmen zu geben haben — der Sozialdemokratie.

Konservative Parole.

Halb und halb — aber Gewissensbedenken gegen die Deutschnationalen.

Der konservative Hauptverein hat eine grundsätzliche Entschliebung über die konservative Wahlparole gefaßt, in der es heißt:

„Wenn nun auch bisher der konservative Hauptverein an seiner Grundeinstellung festgehalten hat, daß es zunächst noch hauptsächlich sei, den konservativen Einschlag in der Deutschnationalen Volkspartei zu stärken und demgemäß bei der Wahl für sie einzutreten, so mußte denjenigen Konservativen, bei denen durch das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei schwere Gewissensbedenken ein Eintreten für diese Partei verhinderten, freigegeben werden, auch für andere Listen zu stimmen und einzutreten. In diesem Standpunkt muß der Vorstand auch heute noch festhalten.“

Es gibt also Leute, denen das Gewissen bei der deutschnationalen Politik der Doppelzüngigkeit schlägt. Sie bekennen sich deshalb zu einer Partei, die die Wahlparole teils für, teils gegen die Deutschnationalen ausgibt. Worum denn die Gewissensbedenken? Das ist doch gerade — echt deutsch-national!

Das Disziplinargericht der Regierung in Schleswig hat gegen den Lehrer Heinrich Brandt aus Ostense, Kreis Rendsburg, der in einer Versammlung des Reichsbanners den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert beschimpfte, die Reichsklasse ausgesprochen. Brandt wurde zum Schöffengericht Kiel bereits zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt.

Reudells Begründung.

Zeitungs zitate aus der „Prawda“, Prügeleien und Kleinkalibergewehre.

Der Reichsminister des Innern hat es trotz wiederholter Aufforderung abgelehnt, dem Ueberwachungsausschuß des Reichstags die Begründung seines Ersuchens an die Länderregierungen vorzulegen. Die Begründung ist dürftig genug.

Der deutschnationale Parteiminister geht in der Begründung seines Ersuchens von der Behauptung aus, daß der Rote Frontkämpferbund die Verfassung gewaltsam ändern will. Er beabsichtigt damit also nichts anderes als Rohbach und Ehrhardt. Den Biking zu verbieten, hat von Reudell aber bisher abgelehnt, obwohl die Staatsgefährlichkeit dieses Bundes durch ein Urteil des Reichsgerichts ausdrücklich bestätigt worden ist.

Die Staatsgefährlichkeit des Roten Frontkämpferbundes verliert v. Reudell zum Teil ausgerechnet mit Zitaten aus der russischen Presse zu beweisen. Insbesondere die „Prawda“ scheint man im Ministerium des Innern seit der Zeit des Bürgerblocks außerordentlich eifrig zu lesen, denn die Begründung enthält nicht weniger als zwei Dugend Zitate aus diesem Blatt. Sie stammen nicht etwa aus jüngster Zeit, sondern aus den Jahren 1925, 1926 und 1927.

Außerdem beruft sich v. Reudell auf eine ganze Reihe revolutionärer Phrasen aus der „Rote Fahne“. Gelegenheit dazu hat dieses Blatt in den letzten Jahren zweifellos genug geboten. Aber was besagen kommunistische Redensarten im Vergleich zu der drohenden Sprache der Rechtspresse? Auch die Angaben des deutschnationalen Parteiministers über Schießübungen der Kommunisten mit Kleinkalibergewehren sind keineswegs neu. Bei den Rechts-

verbänden werden ebenso wie bei den Kommunisten Schießübungen abgehalten.

An der Dürftigkeit der Begründung kann auch die Aufzählung einzelner Zusammenstöße zwischen Rotfrontbündlern und andersgerichteten Elementen nichts ändern. Sie fallen mindestens zur Hälfte dem Stahlhelm zur Last. Diese „Begründung“ ist mehr ein Vorwand!

Deutschnationales Jubelgeschrei.

Ueber den „Erfolg“ der Kommunisten im Ueberwachungsausschuß.

Die „Bommersche Tagespost“ vom Mittwoch bringt auf der ersten Seite diese Schlagzeile:

Der Ueberwachungsausschuß billigt das Rostfrontverbot.

Auf der dritten Seite wird der Jubelruf in Zweifelsbreite wiederholt:

Der Ueberwachungsausschuß hinter Reudell.

Und darunter einpaukt:

Die Anträge gegen das Rostfrontverbot zurückgewiesen.

Es folgt ein Sitzungsbericht, der mit den festgedruckten Worten schließt: „Nach längerer Debatte werden sämtliche Anträge abgelehnt, so daß die Angelegenheit damit erledigt ist.“

Nur daß dieser Erfolg mit Hilfe der Kommunisten herbeigeführt worden ist, wird unantworbener Weise gänzlich verschwiegen.

Strefemann niedergeschrien.

Hakenkreuz gegen Außenminister.

München, 25. April (Eigenbericht).

Der Andrang zur ersten Strefemannversammlung im Münchener Bürgerbräu-Keller am Mittwochabend war außerordentlich stark. Bereits um 7 Uhr wurde der Saal durch ein starkes Schußmannaufgebot gesperrt, so daß Tausende keinen Einlaß mehr fanden. Als Strefemann punkt 8 Uhr durch eine Hintertür den Saal betrat, setzte ein ungeheurer Lärm ein, gemischt aus Beifallsklatschen, Schreien und Pfeifen, so daß man sofort erkannte, daß eine starke Minderheit der Versammlung aus Gegnern Strefemanns bestand.

Erst nach reichlich zehn Minuten konnte Strefemann seine Programmrede, wie er sie nannte, beginnen, nachdem einige sich besonders wild aufführende Ruhestörer von der Polizei aus dem Saal entfernt worden waren. Seine ersten Worte gingen in der allgemeinen Unruhe völlig unter, und als von verschiedenen Ecken des Saales papierne Silberstreifen geschwenkt wurden, erklärte Strefemann: „Ich weiß, daß meine erbittertesten Gegner und Feinde hier ihre stärkste Hochburg haben.“

Von neuem setzte ahrenbedäubernd Lärm ein, wobei sich klar zeigte, daß die Ruhestörer unter Führung des Nationalsozialisten Effer organisiert waren, und im wesentlichen aus mehreren hundert jungen Leuten der hitlerischen Sturmtruppen bestanden. Erst die Drohung des Vorsitzenden, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen, bewirkte einige Ruhe, so daß Strefemann in

der nächsten halben Stunde, wenn auch oft unterbrochen, seinen Vortrag als bayerischer Wahlkandidat halten konnte. Als er erklärte, wir von der Deutschen Volkspartei arbeiten mit dem republikanischen Deutschland, hagelte es von neuem Zwischenrufe, wie Freimaurer, Jude usw. Gleich darauf setzte eine Summe knüppelschlägerel auf der Galerie ein, als einige Kriminalbeamte mehrere sich gar zu wild aufführende Hitlerleute aus dem Saal verweisen wollten. Durch den anschließenden Kramall wurde die Versammlung fast 10 Minuten unterbrochen.

Als dann Strefemann seine Außenpolitik verteidigte und sich dabei mit Zitaten aus den letzten Hitlerreden beschäftigte, wurde der Lärm andauernd so stark, daß der Redner nur in seiner allernächsten Umgebung verstanden werden konnte. Von nun an ertönten in regelmäßigen Abständen Heilgruß auf Hitler, das mit Hochrufen auf Strefemann erwidert wurde, bis durch Schlußrufe „Nieder mit Strefemann“ und durch wiederholtes Mitsingen des Hitlerliedes, des Deutschlandliedes und der Wacht am Rhein ein geordnetes Ende der Versammlung unmöglich wurde.

Kurz nach 10 Uhr stellte der Vorsitzende unter ungeheurem Lärm fest, daß es zur Schande Münchens nicht möglich war, dem Reichsaussenminister sprechen zu lassen, weshalb er die Versammlung schloß. Die polizeiliche Räumung des Saales dauerte bis gegen 11 Uhr, die Unruhe setzte sich weiter auf der Straße fort.

Wahlaufruf der KPD.

Der einzige Feind: die Sozialdemokratie.

Der Wahlaufruf der Kommunisten ist gestern erschienen. Er richtet sich, wie jedermann voraussehen konnte, so gut wie ausschließlich gegen die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien werden nur nebenher erwähnt. Wels, Severing, Otto Braun, Hilferding, Veipari und Wissell werden in besonderen Absätzen persönlich attackiert. Namen wie Reudell, Hergt, Schiele, Ewerling usw. sucht man vergeblich. Für alles liebe, das auf der Welt jemals passiert ist oder noch besteht, wird die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht. „Die räuberischen Zoll- und Steuergesetze, das Zehnstunden-tag-Arbeitszeitgesetz, die Einschränkung der Erwerbslosenunterstützungen und die Abwälzung der Kosten auf die Arbeiterklasse durch das Erwerbslosenversicherungsgesetz, die Mietsteigerungen und der Abbau des Mieterschutzes“ — an alledem trägt nicht etwa der Bürgerblock die Schuld, sondern die Sozialdemokratie. Phoebe-Affäre, militärische Geheimrüstungen (die, wie aktienmäßig bewiesen, mit Hilfe der russischen Sowjetregierung betrieben worden sind) und Panzerbauprogramm, all das wird auf dasselbe Konto geschrieben. Ferner wird dringend vor der Wahl von Sozialdemokraten gewarnt, weil diese unfehlbar zu einem — neuen Weltkrieg führen würde. . . .

Der Aufruf wird einer Schar von Halbverrückten, die sich in den Gedanken der Alleinschuld der Sozialdemokratie an der ganzen Weltgeschichte eingesponnen haben, sehr gut gefallen. Jeder andere Leser wird ihn mit dem Stoßfußzer: „Zu blöd!“ aus der Hand legen.

Auffällig ist an dem Aufruf die Zähmheit des Tones gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und dem Kapitalismus. Von der einst beliebten wätrevolutionären Phrasologie ist nichts übrig geblieben. So entspricht der Aufruf ganz dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der KPD, die den Glauben an ihre Ziele und Methoden längst verloren hat und nur noch durch Zersplitterung der Arbeiterbewegung ihre Stellung als Parlamentsfraktion in fünfziger Größe zu halten versucht.

KPD. für Christlichsoziale und Söhnung religiöser Gefühle.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, ein Organ der christlichen Gewerkschaften, veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben der KPD. Bezit Ruhrgebiet, das sich mit der Christlichsozialen Gruppe des Herrn Bitas heller beschäftigt. Es wird darin ein Rezept angegeben, wie man diese Gruppe als

Schrittmacher zur Gewinnung christlicher Arbeiter benutzen soll. In diesem Rundschreiben wird gesagt:

Bei den kommenden Wahlen werden wir die Christlichsozialen nicht so bekämpfen, wie wir die SPD. bekämpfen. Wir werden diese Partei rücksichtsvoller behandeln.

Diese Anweisung erscheint angesichts der Tatsache, daß die KPD. alle bürgerlichen Parteien viel „rücksichtsvoller“ behandelt als die Sozialdemokratie, nur als selbstverständlich. Weiter wird in dem Rundschreiben gesagt:

Unsere Genossen müssen es verstehen, die religiösen Gefühle der Christen zu verletzen. Das wird in den meisten Fällen noch gelan. Die bombastischen Freidenkermethoden, gleich den ganzen Pfaffenpiegel mit den Schweinereien der Päpste und Nonnen herunterzuleiern, sind die denkbar ungeeignetsten Methoden, erfolgreich an der Gewinnung christlicher Arbeiter zu wirken.

Die „Rote Fahne“ vom Mittwoch veröffentlichte unter der Ueberschrift: „Das Gesicht des SPD. Ausprüche den sozialdemokratischen Arbeitern zur Kenntnis“ u. a. auch folgendes Zitat aus einem Aufsatz Solmanns:

Der tiefere Grund und Sinn des berühmten Satzes von der Religion als Privatsache ist, daß der Marxismus mit den verschiedensten Weltanschauungen vereinbar ist.

Dazu eine Karikatur Solmanns, „der es nicht mit Gott und dem Zentrum verderben will“.

„Das Gesicht der SPD.“! Und das Gesicht der KPD.? Es wird nach diesen Enthüllungen etwas lang werden.

Deutsch-polnische Wirtschaftsfrage.

Debatte im Sejm auschuß.

Warschau, 25. April. (Eigenbericht.)

Im Haushaltsauschuß des Sejm übte Genosse Dr. Diamand scharfe Kritik an der Erhöhung der Zölle auf Goldland; dadurch seien die wirtschaftlichen Beziehungen Polens mit anderen Ländern nur erschwert und die Inlandspreise erhöht worden.

Handelsminister Kwiatkowski erwiderte, die Regierung strebe dem Zollkrieg mit Deutschland ein Ende zu machen. Sie müsse aber bei dem Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages auf Sicherung der polnischen Kohlen- und Viehausfuhr bedacht sein. Polen sei bereit, dafür Entgegenkommen zu bieten. Wenn eine Einigung über die Zoll- und Kontingentsfragen mit der deutschen Regierung zustande käme, so würden die übrigen Schwierigkeiten des Vertrages sicherlich rasch zu überwinden sein.

Hoffmann als Wähler der Verfassung. Das erste Urteil: Mangelnde Disziplin und Aufrichtigkeit.

Hoffmann als Wähler und Schützer der Verfassung! Arme Verfassung, wenn sie keine anderen Wähler und Schützer hätte. Der Herr Landgerichtsdirektor hatte es ja auch versucht, allerdings vergeblich, in den „verfassungstreuen“ rechtsstehenden Blättern der Deffenlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Sollte er glauben, daß die alten erfahrenen Richter des Disziplinargerichtes auf den Reim gehen werden? „Man hat mich als den Reaktionsären verschrien; ich bin kein Reaktionsär. Auch Antifemist bin ich nicht, ich gehöre keiner Partei an, stehe am nächsten dem linken Flügel der Deffensnationalen.“ So stellte sich der angegebene Hoffmann gestern dem Disziplinargericht vor.

Nachdem der Abschnitt „Presseröffentlichung“ erschöpft war, gelangten gestern die Verträge Köllings und Hoffmanns zur Sprache, die auf anderem Gebiete liegen. So wurde Kölling der Vorwurf gemacht, daß er sich nicht an die Forderungen der Strafprozeßordnung gehalten habe. Weder bei dem Geständnis Schröders noch bei der Ausgrabung der Leiche Hellings war ein Protokoll aufgenommen, die Anklage gegen Schröder nicht auf Nord ausgedehnt worden. Während das Ermittlungsverfahren gegen Haas auf Nord lautete, wurde Schröder in diesem Verfahren als Zeuge vernommen. Ihm wurde allein Diebstahl zur Last gelegt. Kölling erklärte gestern, daß die Nichtaufnahme von Protokollen rein zufälliger Natur gewesen sei und daß die Ausdehnung auf eine Morbantage gegen Schröder aus der Befürchtung unterlassen worden sei, daß er sonst überhaupt kein Wort mehr sagen würde.

Dem Landgerichtsdirektor Hoffmann wurde der Vorwurf gemacht, daß er entgegen der Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidenten Raumburg vom 30. Juli die Preßempörung einzustellen, und bei jeder weiteren Veröffentlichung die Billigung des Landesgerichtspräsidenten von Magdeburg einzuholen, am 30. Juli die Veröffentlichung des Briefes an den Polizeipräsidenten Menzel bewirkt habe. Das Urteil des Raumburger Disziplinargerichtes erblickt in dieser Handlungsweise Hoffmanns ein fahrlässiges Verschulden. Als besonders bedenklich bezeichnet es seine Bemerkung, daß er Köllings Brief auch in seiner Eigenschaft als stellvertretender Landgerichtspräsident decken würde. Es sei hier, heißt es darin, der schwere Vorwurf des mangelnden Verständnisses für die notwendige Beamten- und der mangelnden Aufrichtigkeit zu machen, die ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit anderen Beamten gefährden und die Entfremdung Hoffmanns aus Magdeburg erfordern.

Der Staatsanwalt erklärte, daß er im Gegensatz zum Urteil ein wissenschaftliches Verschulden annehme.

Landgerichtsdirektor Hoffmann erklärte gestern, daß er das Verbot des Oberlandesgerichtspräsidenten für verfassungswidrig gehalten habe.

Der weitere Vorwurf gegen Hoffmann geht dahin, daß er, der Vorgesetzte Köllings, diesen in seiner amtlichen Tätigkeit nicht allein selbst beeinflusst habe, sondern auch dritte Personen veranlaßt habe, auf Köllings richterliche Entscheidungen Einfluß auszuüben. Als dieser nämlich, erschüttert durch die Androhung eines Disziplinargerichtes, sich nicht entschließen konnte, seinen Brief an den Polizeipräsidenten Menzel zu widerrufen, hat Hoffmann die Vertreter der Industrie- und Handelskammer, den Geheimen Kommerzienrat Zuschwartz und den Geheimrat Gruson, sich bei dem Landgerichtspräsidenten für Kölling zu verwenden und sodann auch diesen selbst aufzusuchen, um ihn in seinem Kampf für die Unabhängigkeit zu stützen.

Schließlich wird Kölling auch der Vorwurf des schwersten Vertrauensbruchs gemacht, da er den Inhalt einer vertraulichen Besprechung zwischen ihm, dem Landgerichtspräsidenten und dem Vertreter des preussischen Justizministeriums dem Landgerichtsdirektor Hoffmann und durch diesen auch den beiden Vertretern der Industrie- und Handelskammer bekanntgegeben hat.

Heute wird über den Abschnitt Richterliche „Unabhängigkeit“ verhandelt werden.

Das Mailänder Attentat.

Starker Tatverdacht gegen — Faschisten!

Dem St. Gallener Blatt „Die Ostschweiz“ werden aus Mailand folgende interessante Einzelheiten über das Bombenattentat gegen den König berichtet:

„Obwohl die Faschistenpresse über den Vorgang schweigt, ist bekannt geworden, daß die Untersuchung des Spezialgerichts sich auch auf die Faschistenorganisationen in Mailand-Stadt und Land erstreckt. Jeder Faschist muß auf 24 Stunden vor der Explosion sein Alibi nachweisen. Da seit drei Jahren überhaupt Neuaufnahmen in die „Faschi“ oder in die „Avanguardia“ nicht erfolgt sind, müßte es sich um Verräter handeln, die schon lange in der Faschistenorganisation wären. Die ganze Art des Arrangements beim Attentat läßt darauf schließen, daß die Attentäter ungehindert und mit beträchtlichem Zeitaufwand die Arbeiten an der Straßensperre verrichten konnten. Das gesamte Personal der Faschistenmilitz, die in der Straßensperre tat, einschließlich zweier Offiziere, ist in Haft. Es ist merkwürdig, daß auch die Carabinieri, die patrouillierten, nichts von Laternenarbeiten gesehen haben wollen.“

Die Attentäter scheinen also unter den Faschisten zu sein. Kein Wunder, daß die Deffenlichkeit unter diesen Umständen über den Verlauf der Untersuchung nichts Näheres erzählt und Mussolini plötzlich so schweigsam geworden ist.

Finanzu genommen.

Vormarsch der Südmaree.

London, 25. April. (Eigenbericht.)

Aus verschiedenen Quellen stammende chinesische Meldungen bestätigen die Einnahme von Finanzu durch die südchinesische Armee. Der kommandierende General der Nordtruppen, Tschungtschang soll nach Tsingtau geflohen sein. Wie verlautet, sind bei den jüngsten Kämpfen die der Nordtruppe angehörenden, aus Emigranten zusammengesetzten russischen Truppenteile völlig aufgerieben worden. Die Südmaree steht nunmehr 500 Kilometer vor Peking.

Schachty-Tschuiter verurteilt.

Wegen angeblicher Wertschädigung.

Moskau, 25. April.

Der Kostoner Korrespondent der „Nowelija“ meldet, daß sechs Ingenieure, die die Wasserleitung der Schachty-Werke gebaut haben, wegen Verwendung untauglichen Materials und wegen unnötiger Bestellungen zu 3 bis 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Forsch und Pfiffig im Wahlkampf.

II.



Forsch fragt beim Frühstück gedankenvoll:
„Pfiffig, sag, was bedeutet das: Zoll?“
Worauf ihm Pfiffig sein Brot entzweit,
Und ein herzhaft Ende herunterbeißt!



Forsch, zornentbrannt, will ihm eine langen.
Doch da ist ein Licht ihm aufgegangen.
Er lacht: „Das Brot wird kleiner, Pfiffig,
Durch Schutzzoll. Schönen Dank, jetzt begriff ich!“

Krach im Stettiner Prozeß.

Die Reichwehroffiziere gegen die Landbündler.

In der heutigen Prozeßtagung wird zunächst der Sekretär Korbach vernommen, der einen Fall erzählt, in dem Korbach von der Stettiner Reichwehr Waffen abholte. General v. Pawelz gibt die Möglichkeit zu und erklärt es daraus, daß die betr. Reichwehroffiziere die Korbacher nicht mehr als die alten Korbacher betrachtet haben. Dadurch, daß die Führer der Organisation Korbach sich illegal und gegen die Absicht des Staates benahmen, war eben eine gewisse Unklarheit entstanden.

Nächster Zeuge ist

Hauptmann Wolff

seinerzeit Bureauoffizier beim Stabschef v. Pawelz in Stettin. Er sagt aus, daß er die erste Unterredung mit Korbach in Stettin hatte und ihm mit aller Deutlichkeit erklärt habe, daß die Freikorps aufgelöst seien, und daß sich infolgedessen die Korbacher nicht als Soldaten betrachten könnten. Korbach habe sich damals seiner Meinung nach gefügt, als er aber sah, daß Korbach trotzdem den militärischen Charakter seiner Organisation beibehielt, habe er die Intervention durch Pawelz veranlaßt, der Korbach dann noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß eine geschlossene Verwendung seiner Formation mit ihm an der Spitze nicht in Frage komme. Er könne sich nicht darauf besinnen, daß jemals über Waffen gesprochen und hält es für ausgeschlossen, daß Pawelz seinerzeit zu Bodungen gelangt habe: „Jetzt geht es los,“ da 1920 von einer kriegerischen Entwicklung nie die Rede war.

a. Bodungen erwidert darauf: Ich bleibe dabei, daß wir im Hochsommer 1920 im kleinen Saal des Vereinshauses in Gegenwart des Hauptmanns Wolff auf General v. Pawelz warteten, daß er kam mit den Worten, die Entscheidung sei gefallen, daß er aber nicht weiter gefragt werden wolle. Darauf kann sich auch Herr v. Dewitz besinnen.

Hauptmann Wolff: Auf die Sitzung kann ich mich gar nicht besinnen.

a. Bodungen hält dann Hauptmann Wolff vor, daß er mit ihm über Robilmachungsfälle wiederholt gesprochen habe und daß davon die Rede gewesen sei, die Waffen seien nicht genügend gesichert. Hauptmann Wolff habe gesagt, daß die Korbacher Soldaten seien und daß in ihrer Hand die Waffen gut aufgehoben wären.

Hauptmann Wolff bestreitet diese Darstellung sehr entschieden, während Pawelz betont,

diese Zustimmung des Herrn v. Bodungen gehöre mit zu der Mobilisierung jener Stellen, von denen die Reichwehr keine Ahnung gehabt habe. Ich erkläre ferner, daß kein Wort von diesen Dingen im Wehretreisskommando gesprochen oder bekannt ist.

a. Bodungen: Wir sollten ausdrücklich der Reichwehr unterstellt werden. Den Befehl, die Waffen zu verheimlichen und Vertäter unschädlich zu machen, habe ich von Hauptmann Wolff bekommen.

Hauptmann Wolff (sehr erregt): Ich habe weder einen solchen Befehl bekommen, noch gegeben, noch habe ich gehört, daß General v. Pawelz derartiges gesagt hat. Ich bestreite auch, daß etwas derartiges besprochen wurde. Es wurden täglich Waffen veratet, deswegen konnte man die Leute doch nicht alle umbringen! Dafür waren die Zivilgerichte da, außerdem haben wir in solchen Fällen die Waffen sorgfältig umgelagert. Seinerzeit habe ich zu v. Bodungen gesagt: Der Chef läßt Sie verhaften, wenn einer Ihrer Leute mit der Waffe getroffen wird.

Rittergutsbesitzer Mehnert vortretend: Ich habe an einer Unterredung zwischen Hauptmann Wolff und Oberleutnant Korbach in Stettin teilgenommen. Das Gespräch drehte sich um den Abtransport von Waffen aus Stettin, das weiß ich ganz genau. (Große Bewegung.)

Hauptmann Wolff: Jamohl, diese Unterredung habe ich gehabt. Korbach: Herr Hauptmann Wolff, wir haben ja sehr viel über Waffen gesprochen.

Mehnert: Solange ich Kreisleiter war, gingen die Waffen nicht durch mich, sondern direkt durch Korbach an den Kreis. Rechtsanwalt v. d. Goltz: Hauptmann Wolff hat doch vorher gesagt, er habe niemals über Waffen gesprochen.

Hauptmann Wolff: Ich habe nicht bürokratisch darüber verhandelt, denn es war nicht Kessort, aber gelegentlich hatte ich natürlich auch mit diesen Dingen zu tun.

Korbach: Die Weisung, die Waffen mit allen Mitteln geheim-

Staatstheater.

Eine verlorene Schlacht.

Krull Bronnen gewann gestern „Die Katalanische Schlacht“ ebenso wenig wie in den früheren Aufführungen, abgesehen ihm im Staatstheater starke Reserven zu Hilfe kamen, ausgezeichnete Regie, hervorragende Darsteller, Musik von Kurt Weill. Einige tragisch gemeinte Szenen drohten im Gelächter des Publikums unterzugehen, das offenbar an der Gewissensqual erotisch überspannter Figuren kein lebendiges Interesse fand. Nach höhnischem Pfeiffkonzert setzte am Schluß oppositioneller Beifall der Unentwegten ein.

zuhalten, habe ich aus einer Unterredung mit Herrn v. Pawelz entnommen und habe sie auch in zahlreichen Gesprächen mit Hauptmann Wolff erwähnt.

Standgericht und Feme.

Nach einer Mittagspause beantragt die Verteidigung Ausschluß der Deffenlichkeit wegen Anwesenheit des polnischen Konsuls in Stettin im Gerichtssaal. Der Antrag wird abgelehnt.

Darauf präzisiert Rechtsanwalt Schulz I seine frühere Aussage, auch er hätte Verräter gegebenenfalls befehlsmäßig erschließen müssen, dahin, daß er an das Urteil der von Korbach befohlenen Standgerichte gebunden gewesen wäre. Ohne ein solches Urteil hätte er ein derartiges Urteil nie vollzogen. Im übrigen hätte das Urteil des Standgerichts noch der Befestigung durch den Kommandeur bedurft.

Oberstaatsanwalt Sah: Und wenn Sie nicht gehorhten, hätten Sie Strafe wegen Ungehorsam zu erwarten, oder verfielen Sie unter Umständen der Feme?

Schulz I: Nein, aber ich wäre sofort entlassen worden.

Korbach tritt ergänzend mit, daß ein Standgericht in Pommern nicht in Aktion getreten sei, da es nicht nötig war.

Bodungen und die Reichwehr — ein Zusammenstoß

Es kommt zu einer langen Auseinandersetzung, die sich um die irrümliche Annahme Korbachs in der damaligen Zeit entspielt, die Reichwehr habe sich mit der Absicht getragen, ihn zum Balalonskommandeur zu ernennen. Nämlich unermittelt stellt Bodungen in die Debatte ein: Vielleicht kann ich noch etwas dazu beitragen. Letzten Freitag erinnerte ich Herrn Oberst Kaldrack auf dem Korridor hier im Gericht daran, daß er mir in Stargard gesagt hatte, natürlich seien die Korbacher Reichwehroffiziere. Darauf erwiderte mir Oberst Kaldrack am Freitag, ja, das habe er gesagt, das könne er doch aber hier vor Gericht nicht aussagen. (Große Bewegung im ganzen Saal.)

Oberst Kaldrack (aufspringend und laut schreiend): Oho, Herr v. Bodungen, das habe ich nicht gesagt.

a. Bodungen (sehr scharf): Das haben Sie in Gegenwart des Leutnants Schulz mir gesagt.

Oberst Kaldrack (mit steigender Erregung): Das habe ich nicht gesagt, ich bitte, mir meine Worte im Munde nicht umzubringen.

Leutnant Schulz I: Oberst Kaldrack und Herr v. Bodungen standen hier in der Tür zum Zeugenzimmer zusammen. Ich kam hinzu, ich mußte aber nicht, in welchem Zusammenhang die Unterredung gerade geführt wurde, hörte aber Oberst Kaldrack sagen: Sie waren ja Reichwehr. Das kann ich doch hier aber nicht sagen. Als Oberst Kaldrack das gesagt hatte, zapfte mich Herr v. Bodungen heimlich am Kermel. (Bewegung.)

Oberst Kaldrack (in höchster Erregung): Ich stehe hier unter meinem Eid, ich bin Offizier, der sich 34 Jahre lang einwandfrei geföhrt hat. Trauen Sie mir zu, daß ich solche leichtsinnigen Behauptungen mache; oh nein, meine Herren, Herr v. Bodungen hat mir vorgehabt, ich hätte in Stargard gesagt, die Korbacher seien doch Reichwehr. Darauf habe ich ihm erwidert: „Nein, Herr v. Bodungen, ich muß hier unter meinem Eid sagen, daß das nicht so war.“

a. Bodungen: Ich habe noch hinzugefügt: „Das ist der Unterschied zwischen offiziell und inoffiziell.“

Oberst Kaldrack (laut schreiend): Ist das ritterlich, meine Herren, einen so aufs Blatt zu führen und sich dann am Kermel zu zapfen? Nein, meine Herren, so kämpft kein Offizier. (Anhaltende große Bewegung.)

Korbach über seinen Putschplan.

Als Korbach im weiteren Verlauf der Verhandlung über den von General v. Pawelz vorgelegten „Operationsplan“ befragt wird, muß er dessen Echtheit zugeben, versucht sich aber auf die von den anderen Putschisten à la Cioch vorgezeichnete Linie zurückzuziehen. Es habe sich nur um Vorbereitungen für einen legalen Einzug, nicht um Putschvorbereitungen gehandelt. Es habe sich nur um eine Vorarbeit vielleicht um eine Lebung gehandelt, er wisse das heute nicht mehr so genau. „Wenn der Plan ernsthaft gewesen wäre, dann hätte ich ihn bestimmt über Herrn v. Bodungen der Reichwehr eingereicht.“

Am Schluß der Sitzung wird der Angeklagte Heines in ein Kreuzverhör genommen, in dessen Verlauf ihm der Vorsitzende klarzumachen versucht, wie unglaublich seine Aussage sei, er habe den ermordeten Schmidt, der bereits stark verletzt und unter Bewachung von vier Mann war, auf der Flucht erschossen. Er könne seinen Mitangeklagten nicht helfen, wenn er seine Aussage revidiere. Heines blieb bei seiner Behauptung.

Das Gericht beschloß, als neue Zeugen zu laden: Ministerialdirektor Dr. Spieder, Kommissar Weigel, Polizeipräsident a. D. Ernst und Bischoffing, Hauptmann a. D. Bentwich und noch zwei weitere Zeugen, die über die Waffentransporte Auskunft geben sollen, und den Oberpräsidenten der Provinz Pommern, Bippmann. Die Ladung Seckts wurde abgelehnt.

Gegen 8 Uhr abends wird die Verhandlung auf Donnerstag früh 10 Uhr vertagt.

Dgr.

Protest der Gewerkschaften.

Der IGB. an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts.

Gestern trat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zu einer bedeutungsvollen Tagung zusammen. Da dort auch der Revisionsantrag der englischen Regierung zum Washingtoner Achtstundentag abgemacht werden wird, haben die Gewerkschaftsorganisationen von Argentinien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Kanada, Lettland, Luxemburg, Memelgebiet, Niederlande, Oesterreich, Palästina, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrika, Tschechoslowakei und Ungarn, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, und dessen Sekretär Sassenbach im Namen des IGB. folgenden Protest an den Verwaltungsrat des I.A. gerichtet:

Bei Eröffnung ihrer 39. Tagung wendete sich der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen im Namen von 14 000 000 organisierten Arbeitern an Sie, um im Hinblick auf den dem Verwaltungsrat unterbreiteten Antrag auf

Revision der Washingtoner Achtstundentagkonvention

Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Erwägungen zu lenken:

Die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter haben der Internationalen Arbeitsorganisation in loyaler Weise ihre Mitwirkung geleistet, im festen Vertrauen darauf, daß ihre Mitarbeit beim Aufbau einer internationalen Arbeits- und Sozialgesetzgebung nicht vergeblich sein würde.

Die Arbeiterklasse betrachtet das Washingtoner Achtstundentagabkommen als den

Grundstein der internationalen Arbeitsgesetzgebung.

Eine Revision im Geiste des vom britischen Regierungsvertreter gestellten Antrages wäre gleichbedeutend mit dem Ruin des Uebereinkommens.

Teil XIII des Friedensvertrages hat den Regierungen formelle Pflichten auferlegt: das Washingtoner Achtstundentagabkommen ist der erste und bedeutungsvollste Schritt zur Erfüllung dieser Pflichten. 28 Regierungen haben dem Uebereinkommen zugestimmt und damit die

moralische Verpflichtung

übernommen, den Achtstundentag bzw. die 48stündige Arbeitswoche den Bestimmungen der Konvention gemäß durchzuführen. Daselbe gilt mutatis mutandis für die Arbeitgeber, von denen Vertreter aus 17 Ländern für das Uebereinkommen stimmten. Die Verletzung der moralischen Verpflichtung zur Ratifizierung unter Zuhilfenahme einer sophistischen Auslegung des Teiles XIII des Friedensvertrages würde die Internationalen Arbeitskonferenzen zu leeren Veranstaltungen machen.

Würde die Revision im Sinne der von der britischen Regierung gemachten Ankündigung durchgeführt werden, so würde dies das

Vertrauen der Arbeiter in die Internationale Arbeitsorganisation unzweifelhaft erschüttern.

Die Unterzeichneten sprechen daher den dringenden Wunsch aus, der Verwaltungsrat möge sich gegen jede Revision erklären und Mittel und Wege angeben, um eine neuerliche

kräftvolle Aktion zugunsten der Ratifizierung

der Achtstundentagkonvention in allen Ländern durchzuführen.

Nur durch ein derartiges Vorgehen kann das Vertrauen der Arbeiterklasse in die Internationale Arbeitsorganisation aufrecht erhalten werden und nur auf diese Weise würden die Regierungen ihrem gegebenen Wort und dem Geiste des Teiles XIII des Friedensvertrages gemäß handeln.

Die Tagung des Verwaltungsrats.

Genf, 25. April. (Eigenbericht.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hielt am Mittwoch zwei ausgedehnte geschlossene Sitzungen ab, in denen spezielle Dinge des von der Budgetkommission am Montag und Dienstag ausgearbeiteten Voranschlags für 1929 sowie Verwaltungsfragen behandelt wurden. Wie zuverlässig verlautet, wurde die Schaffung eines neuen Sekretariats beschlossen, und zwar für Personal- und Verwaltungsfragen. Der französische Regierungsvertreter wandte sich dagegen, daß man bei der Befestigung des Postens nationale Rücksichten nimmt. Direkter Widerspruch gegen die geplante Befestigung des Postens mit einem Deutschen erfolgte jedoch nicht. Eine von den Unternehmern angeregte Verminderung der Verwaltungsausgaben von vier auf drei wurde abgelehnt. Weiter wurde die Frage, ob die Seemannskonferenz des Jahres 1929 unmittelbar hinter der allgemeinen Arbeitskonferenz oder getrennt von ihr stattfinden habe, mit 13 Stimmen gegen 8 im Sinne einer Trennung entschieden. Dagegen stimmten die Arbeitergruppe und zwei Regierungsvertreter überseeischer Länder. Die Vertreter des Arbeitsamtes selbst erklärten sich aus technischen Gründen für die Trennung.

Der Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes enthält drei Protestschreiben gegen den englischen Antrag auf Revision des Washingtoner Abkommens, die dem Internationalen Arbeitsamt zugesandt sind, und zwar von der Internationalen Vereinigung der Bänderbündigen, vom Internationalen Angestelltenbund und vom Amsterdamer Gewerkschaftsbund. Der Internationale Angestelltenbund betont, daß er von dem Antrag der britischen Regierung mit tiefer Entrüstung Kenntnis genommen habe und weist darauf hin, daß das Achtstundentagabkommen im Gegenteil zugunsten der Angestellten und Techniker ausgebaut werden möchte. Die Union der Bänderbündigen weist auf einen Beschluß vom 17. März hin, in dem die Bänderbündigen von 12 Ländern, darunter die Industriestaaten Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan sich verpflichtet haben, in ihren Ländern gegen die Annahme des englischen Revisionsantrages zu agitieren.

gemacht, „eine Lohnerhöhung kommt vorerst nicht in Frage“. Die Friedrichstadt-Druckerei zahlt auch jetzt nicht etwa die geforderten 10 % Zulage, sondern hält sich an die Bestimmungen des für verbindlich erklärten Schiedsspruchs. Die „Rote Fahne“ schimpft wohl über den „Schlichtungsschwindel“, sie profitiert davon aber recht gern.

Handschuhmacher-Schiedsspruch verbindlich.

Der Streik erfolgreich beendet.

Der Schiedsspruch für die Lederhandschuhfabrikation, der am 31. März gefällt wurde, ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Der Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 6 bis 7 Proz. auf den wöchentlich erzielten Verdienst bringt, war von den Unternehmern abgelehnt, von der Arbeiterschaft, obgleich er nicht befriedigt, angenommen worden.

Kampf der schlesischen Weber.

Die Löhne müssen gründlich erhöht werden.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne der schlesischen Textilindustrie, die dieser Tage in Breslau stattgefunden haben, brachten keine Lösung. Die Unternehmer erklärten sich nur zu einer Verbesserung der Löhne um 7 Proz. bereit. Dieses völlig unzulängliche Angebot wurde von den Arbeitnehmern, die eine Lohnerhöhung von 20-25 Proz. gefordert hatten, abgelehnt. Eine Konferenz der Textilarbeiter am Mittwoch nahm zur Situation Stellung und brachte einstimmig zum Ausdruck, daß der Kampf in der schlesischen Textilindustrie nach der Lage der Sache unvermeidlich sei.

Die Schlichtungsverhandlungen für die sächsische Metallindustrie, die im Reichsarbeitsministerium begonnen haben, sind noch nicht zu Ende geführt worden. Sie sind auf heute früh vertagt worden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Donnerstag, 26. April, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Gelände-Berliner Jugendheim Late Schule, Götterburger Straße. Vortrag: „Sport und Körperpflege in der Jugendbewegung.“ — Humboldt-Gruppenheim Jugendheim Genuß, 4-6, Berliner Straße. Vortrag: „Unter Arbeitersführer Marx und Engels.“ — Lichtenberg: Jugendheim Lichtberg, 22. — Französischer Platz: Gruppenheim Jugendheim Lützow Str. 18, Zimmer 2. Vortrag: „Die Entwicklung der Baukunst.“ — Schöneberg: Gruppenheim Jugendheim Riederstraße, Berliner Str. 31. Vortrag: „Sozialistische Jugendbewegung.“ — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Genuß, 4-6, Berliner Straße. Vortrag: „Unter Arbeitersführer Marx und Engels.“ — Tempelhof: Gruppenheim Jugendheim Genuß, 4-6, Berliner Straße. Vortrag: „Unter Arbeitersführer Marx und Engels.“ — Charlottenburg: Gruppenheim Jugendheim Genuß, 4-6, Berliner Straße. Vortrag: „Unter Arbeitersführer Marx und Engels.“ — Moabit: Gruppenheim Jugendheim Genuß, 4-6, Berliner Straße. Vortrag: „Unter Arbeitersführer Marx und Engels.“ — Prenzlauer Berg: Gruppenheim Jugendheim Genuß, 4-6, Berliner Straße. Vortrag: „Unter Arbeitersführer Marx und Engels.“ — Wedding: Gruppenheim Jugendheim Genuß, 4-6, Berliner Straße. Vortrag: „Unter Arbeitersführer Marx und Engels.“

Jugendgruppe des IGB. Heute, Donnerstag, 19 1/2 Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: Schönlager Jugendheim Wronkestr. 128. „Erntes und Beeren aus unserer Beruf“ (Referat: Georg Beltrami). — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Thüringensitz). „Unter Beruf“ — Frauen und Mädchen (Schüler).

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: R. Schöler; Revolution: R. D. Fischer; Soziales und Genüß: Fritz Karstadt; Anzeigen: Ed. Gluck; Ähnlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin S 68. Einzelpreis 2 Pfennig. 2 Bogen. „Unterstützung und Wissen“ und „Arbeiterzimmer“.

Der Skandal im Städtischen Schlachthof.

Es ist Zeit, daß mit ihm Schluß gemacht wird.

Noch immer wird im Städtischen Schlacht- und Viehhof Sonntags gearbeitet. Noch immer arbeiten die Fleischer der Engroschächler 80 bis 100 Stunden wöchentlich. Wir wollen dabei ausdrücklich hervorheben, daß für die städtischen Arbeiter des Schlacht- und Viehhofes selbstverständlich der Achtstundentag gilt. Was also bei diesen eine Selbstverständlichkeit ist, kann für die Fleischereiarbeiter keine Unmöglichkeit sein.

Das Kuratorium des Schlachthofes hat sich mit diesem Skandal bereits befaßt. Es ist aber notwendig, daß hier endlich Ordnung geschaffen wird, wenn es nicht zur Stilllegung des Schlacht- und Viehhofes kommen soll.

Der Konflikt in der Rheinschifffahrt.

Die Gefahr der Stilllegung.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne in der Rheinschifffahrt, die dieser Tage zwischen den Parteien in Köln stattfanden, sind resultatlos verlaufen. Wie der Deutsche Verkehrsverband mitteilt, war der zu den Verhandlungen ebenfalls geladene Verband der Maschinenisten und Heizer nicht erschienen. Die Vertreter des Verkehrsverbandes erklärten daraufhin, sie seien unter diesen Umständen nicht in der Lage, in Verhandlungen einzutreten.

Die Situation in der Rheinschifffahrt ist durch den resultatlosen Abschluß der Parteiverhandlungen kritisch geworden. Am 1. Mai laufen nicht nur Lohnverträge, sondern auch Arbeitsverträge ab. Kommt es bis dahin nicht zu einer Einigung, dann ist mit Arbeits-einstellungen an verschiedenen Plätzen zu rechnen. Kommt es aber erst einmal an einigen Punkten in der Rheinschifffahrt zum Stillstand, dann wird zweifellos zwangsläufig binnen wenigen Tagen die ganze Rheinschifffahrt in einen scharfen Lohnkampf hineingezogen werden. Die Arbeitgeber haben bereits durch ihre Presse erklären lassen, daß bei einem resultatlosen Verlauf der Kölner Verhandlungen am 1. Mai die ganze Rheinschifffahrt, von der bereits infolge der schlechten Konjunktur ein Drittel stillgelegt, zum Erliegen komme.

Die Internationale Versammlung des Rheinschifffahrtspersonals in Duisburg-Ruhrort war außerordentlich gut besucht. Die Versammlung lehnte in der von ihr angenommenen Entschliessung jede Lohnkürzung strikte ab und forderte darüber hinaus eine den Verhältnissen entsprechende Verbesserung der Löhne. Die Vertreter des Schweizerischen, französischen, elsaß-lothringischen und holländischen Transportarbeiterverbandes jagten für den bevorstehenden Lohnkampf und bei eventuellen Stilllegungen weitestgehende Unterstützung und Solidarität zu.

Wer im Glashaus sitzt...

AD. und Buchdrucker.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen längeren Bericht über Lohnkämpfe bei den Buchdruckern. Darin wird behauptet, daß die Bezirksversammlungen der Berliner Buchdrucker die „reformistischen“ Gewerkschaftspraktiken bloßgestellt hätten. In vielen Bezirken sei eine „Abrechnung“ mit dem

Öffentl. Wählerkundgebungen

Heute, Donnerstag, 26. April:

Charlottenburg. 19 Uhr in der Schulaula, Wiesestraße Ecke Neues Ufer. Redner: Lorenz Breunig.

Morgen, Freitag, 27. April:

Tempelhof. Treffpunkt zum Berbeuzug 19 Uhr Neue Straße Ecke Dorfstraße; anschließend Kundgebung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße. Redner: Bernhard Böring.

Köpenick. 19 1/2 Uhr im Stadttheater, Friedrichstr. 6. — Um 19 Uhr Platzkonzert auf dem Wilhelmplatz, ausgeführt vom Musikverein „Echo“ und dem Landourkorps des Reichsbanners. Redner: Landtagsabgeordneter Luise Köhler und Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt Bönenstein.

Lichtenberg. 19 1/2 Uhr im Pestalozzi-Oberstgymn., Prinz-Albert-Straße 44. Redner: Robert Breuer.

Steglitz. 20 Uhr in der Schulaula, Heesefstr. 15. Redner: Pfarrer August Meier.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Verbandsvorstand über die Lohnbewegung erfolgt und ein außerordentlicher Verbandstag gefordert worden.

Gegenüber dieser Einstellung muß festgestellt werden, daß man weit davon entfernt war, entsprechend dem Wunsch der Kommunisten auf die Verbandsinstanzen allen Unwillen zu entladen. Ebenso wurde der kommunistische Antrag, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, in den meisten Bezirken mit großer Mehrheit abgelehnt.

Weiter schreibt die „Rote Fahne“ über sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteidruckereien als „Rusterbetriebe“. Zum Konflikt in der jetzt geschlossenen Druckerei des IGB. wird die dummdreiste Behauptung aufgestellt, dort herrschten schon seit Jahren untarifliche Zustände. Es gibt keinen organisierten Buchdrucker, der auch nur einen Tag zu schlechteren als den tariflichen Bedingungen arbeitet. Die tariflichen Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen gelten allgemein als Mindestforderungen. Diejenigen, die sogar einige Jahre zu untariflichen Bedingungen gearbeitet hätten, wären also längst nicht mehr Mitglieder des Verbandes. Außerdem hat der erst in der letzten Zeit entstandene Konflikt eine ganz andere Ursache als Differenzen um Lohn oder die Arbeitszeit. Darüber ist auch die „Rote Fahne“ sehr gut unterrichtet.

Schließlich läßt das kommunistische Blättchen seinen Lesern noch etwas über „Lohndruckerei“ des „Vorwärts“ auf. Am 19. April suchte die „Vorwärts“-Buchdruckerei durch Inerat Typographischer, da für dieses heute kaum noch gebräuchliches Maschinensystem selten Arbeitskräfte auf dem Nachweis vorhanden sind. Der Einstellungslohn sollte 80-85 M. betragen. Es gibt in Berlin keine Druckerei, in der, wie die „Rote Fahne“ behauptet, für Typographen ein Wochenlohn von 100 oder sogar 110 M. bezahlt wird. Sicher ist, daß die in der Vorwärts-Druckerei gestellten über-tariflichen Löhne und die gegenüber dem Tarif günstigeren Arbeits- und Ferienbestimmungen für alle Beschäftigten jeden Vergleich mit anderen Druckereien ständhalten. Ganz besonders trifft das für die kommunistische Friedrichstadt-Druckerei zu. Bei Beginn der Lohnbewegung der Buchdrucker wurde in dieser Druckerei durch Anschlag bekannt-

KATOT KATOT

Sonder-Angebot

besonders preiswerter Herrenkleidung:

Herren-Sakkoanzüge
aus haltbaren praktischen Stoffen,
2-reihige Formen M. **29.-**

Herren-Sakkoanzüge
2-reihige, mod. gemusterte Cheviotstoffe, gut verarbeitet . . M. **34.-**

Herren-Sakkoanzüge
elegante 2-reihige Fassons in
neuer Ausmusterung M. **39.-**

Herren-Sakkoanzüge
in tadelloser Paßform, neue
karierte Dessins M. **49.-**

Herren-Gummimäntel
1-reihige Schlüpferformen, eng-
lischer Nesselbezug M. **11.-**

Herren-Gummimäntel
mit Stoffbezug, Raglanformen,
mit Ringsgurt M. **15.-**

In den höheren Preislagen preiswerte Herren- u. Knaben-Anzüge u. moderne Frühjahrsmäntel

KOHNEN & TORING
ALEXANDERSTR. 12

Rosenthaler Straße 53 * Moabit, Turmstr. 50a
Neukölln, Bergstraße 65.

KATOT KATOT

Ein Stein des Anstoßes.

Man schreibt uns:

Wie ein Zeuge grauer Vergangenheit, vom Zahn der Zeit noch nicht zerfressen, ragt in der Berliner Straße in Wilmersdorf vor dem Hause Nr. 166 ein pyramidenartiger Stein, etwa einen halben Meter hoch und einen halben Meter von der Hauswand entfernt, aus dem Pflaster des Bürgersteiges. Der Passant, der im Dunkel der Abendstunde unfreiwillig, aber buchstäblich an den Stein „Anstoß“ nahm, fragte sich, erstaunt sein schmerzhaftes Schienbein reißend, zu welchem Zwecke dieser Stein wohl aus dem Pflaster ragt. Haben ihn eifrige Tierfreunde hingeworfen, um den Hund das Stelldichein mit hocherborenen Hinterbeinen zu erleichtern? Dazu dürften wohl die Laternenpfähle genügen. Oder ruht unter dem Hause, vor dem der seltsame Stein steht, ein berühmter Mann? Die Chronik weiß davon nichts zu berichten.

Das Geheimnis des Steines beginnt sich erst zu entschleiern, wenn man ihn ganz genau besieht: auf seinem verwitterten Granit kann man zwei Inschriften entziffern. Es verkündet die eine: „Gemarkung Deutsch-Wilmersdorf.“ Und es verkündet, etwas bescheidener, die andere: „Gemarkung Schöneberg.“ Aha! Da laufen und fahren nun täglich Tausende durch die Berliner Straße und wissen gar nicht, daß sie an einer gewissen Stelle, unweit der Bamberger und Kuffsteiner Straße, einen richtigen Grenzübertritt vollziehen. Von der „Gemarkung Deutsch-Wilmersdorf“ zur „Gemarkung Schöneberg“ und umgekehrt. Nur dann und wann wird solch ein pflichtvergessener Sünder, der sein Vaterland nicht kennt, durch ein schmerzhaftes Schienbein an die bedeutsame Tatsache erinnert. Allerdings haben solche Feinde der bürgerlichen Ordnung einen milderen Umstand auf ihrer Seite: es ist ein Gerücht umgegangen, daß die Herrlichkeit der „Gemarkungen Deutsch-Wilmersdorf“ und „Schöneberg“ längst vorbei sei, daß man sie eingemeindet habe und daß seit dieser Zeit die Einheitsgemeinde Groß-Berlin existiere. Und solch eine Denkweise läßt den Gedanken entstehen, daß der Grenzstein in der Berliner Straße ein unzeitgemäßes Monstrum ist (die Straße gehört dem Verkehr und nicht den Grenzsteinen), das nicht länger die Schienbeine nachsehender Bürger, die dafür bestimmt keine Steuern zahlen, blaustoßen darf.

Mit anderen Worten: Es ist höchste Zeit, daß der Stein des Anstoßes „ausgerodet“ wird, wobei es egal ist, welches von den Bezirksämtern in „Deutsch-Wilmersdorf“ und



in Schöneberg die Arbeit vornehmen läßt. Selbst auf die Gefahr hin, daß dagegen die Hunde ein Protestgebell erheben, weil ihnen ein liebgewordener Versammlungsort, seit Jahrzehnten geweiht und immer erneut gekauft, entzogen wird. Kann man aber aus irgendeinem Grunde auf eine „Grenzmarkierung“ nicht verzichten, so bringe man sie an dem Hause in Form einer Tafel an, die nicht verkehrsführend wirkt. Der Stein des Anstoßes muß fallen . . .

Neue Ozeanflugpläne.

Der „Bremen“-Hilfsflieger Bennett gestorben.

Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen zwischen Junkers und der Schiffsfirma Lilli Dillenz, die angeblich durchaus den Ozean überfliegen will, noch nicht abgeschlossen, vielmehr dürfte man erst in den nächsten Tagen zu einer gewissen Klärung der schwebenden Fragen kommen. Frau Dillenz, die übrigens für eine Wiener Bankgruppe austritt, die erhebliche Schiffsfahrtsinteressen im Mittelmeer hat, wollte zunächst lediglich feststellen, ob die Junkers-Werke an sich geneigt seien, das Risiko der Ausrüstung einer Ozeanflugmaschine zu übernehmen.

In Frage kommt die neue Frachttype, die auch Köhl bei seinem Amerikaflug benutzt hat und es ist nicht unwahrscheinlich, daß man auf die „Europa“ zurückgreifen wird, die an dem vorherigen Unternehmen von Junkers bekanntlich beteiligt war. Die Schwierigkeit ist nur die, einen passenden Motor zu finden, da die Piloten nicht mit einem nagelneuen oder wenig ausprobierten Junkers-Motor fliegen wollen. Man wird daher wahrscheinlich aus einem Versuchsflyer die Maschine ausbauen und noch gründlicher Überholung in die „Europa“ montieren. In übrigen wollen die Junkers-Werke schon jetzt einige notwendige Lehren aus Köhls Erfahrungen ziehen. So soll vor allem eine drahtlose Station eingebaut werden, damit eine Verständigung mit Schiffen oder mit den amerikanischen Küstenstationen in der gefährlichen Reibzone Neufundland möglich ist. Da man aus Gründen der Ballastersparnis einen ausgebildeten Funker nicht mitnehmen kann, werden wahrscheinlich die beiden Piloten noch vorher einen Kursus in der Bedienung der Funkanlage durchmachen müssen. Ob Ristic und Loose die Befähigung bilden werden, steht zunächst noch keineswegs fest. Loose hat eigene Pläne und verhandelt seit mehreren Wochen mit einer großen deutschen Flugzeugfirma, die im Mal und Juni, allerdings auf anderer Basis Versuche machen will, den Atlantik zu überqueren. Jedenfalls wird Frau Dillenz, die auch diesmal wieder sich an Bord des Junkers-Flugzeuges befinden dürfte, kaum vor Mitte nächsten Monats starten können, da die notwendigen Vorbereitungen bis zu diesem Zeitpunkt im besten Falle getroffen werden können. Man will vor allen Dingen das Flugzeug mit einer Kompanie versehen, die den Einmütigen des Nordpols weniger ausgelegt ist, als es bei den Instrumenten der „Bremen“ der Fall war.

Im übrigen werden gegenwärtig Versuche gemacht, das neue Leichtmetall der J. G. Farben, an dessen Herstellung und Verbesserung seit dem Jahre 1894 bereits gearbeitet wird, für die Ozeanflüge zu verwenden.

Quebec, 25. April.

Flieger Bennett, der mit Balschen Erstautele nach Grenin Island bringen wollte, aber durch Erkrankung an Lungenentzündung daran verhindert wurde, ist gestorben.

Die „Bremen“ kann nicht starten.

New York, 25. April.

Nach einer Meldung der Canadian Press sollen die deutschen Ozeanflieger die Hoffnung aufgegeben haben, mit der „Bremen“ in Grenin Island zu starten, da durch Erweichung des Eises die Schwierigkeiten zu groß geworden seien. Die Flieger beabsichtigen nach der gleichen Quelle, Grenin Island mit dem Ford-Flugzeug zu verlassen.

Guthabenauszahlung an Helmkeiter aus englischer Kriegsgefangenschaft. Die seinerzeit angekündigte Auszahlung der Guthaben an ehemalige Helmkeiter aus englischer Kriegsgefangenschaft ist noch nicht beendet. Die englische Regierung hat zunächst 10 Millionen Mark überwiesen, die von der zuständigen amtlichen deutschen Stelle inswischen restlos ausgezahlt wurden. Mit einem Betrage von 6 Millionen Mark zum gleichen Zwecke ist die englische Regierung noch im Verzuge.

Großfeuer in Hobrechtsfelde.

Die städtische Tischlerei niedergebrannt. — Mehrere Feuerwehrleute leicht verletzt.

Auf dem städtischen Gut Hobrechtsfelde an der Bernauer Straße, nordwestlich von Buch, entstand gestern nachmittags in der Tischlerei Feuer, das in kurzer Zeit große Ausdehnung annahm. Das etwa 60 Meter lange Gebäude mit seiner wertvollen Maschinenanlage und seinen Holzvorräten brannte bis auf die Grundmauern nieder.

Kurz nach 4 Uhr bemerkten Gutsangestellte von Hobrechtsfelde, wie aus den Fenstern der Tischlerei, die inmitten des Sägewerkes liegt, dicke Qualmwälfen herauströmen. Wenige Augenblicke später schlugen aus den Dachlukas auch schon die hellen Flammen hervor. Die Gutsfeuerwehr griff sofort ein, stand aber dem Feuer, das in kurzer Zeit das Gebäude in seiner ganzen Ausdehnung ergriffen hatte, zunächst machtlos gegenüber. Auf den Feueralarm eilten sämtliche freiwilligen Feuerwehrleute der Umgebung an die Brandstätte. Aus Berlin trafen auf den telephonischen Hilferuf unter Leitung des Oberbranddirektors Gemppe zwei Motorpumpen in Hobrechtsfelde ein.

Obgleich elf Schlauchleitungen größten Kalibers in Tätigkeit gesetzt und ungeheure Wassermengen in das Feuermeer geschleudert wurden, konnte von dem Gebäude nichts mehr gerettet werden. Die Flammen fanden an Holzern, Werkbänken usw. allzu reiche Nahrung, so daß alle Löschmaßnahmen erfolglos blieben und lediglich ein Ueberpringen der Flammen auf die Gebäude des Sägewerkes sowie des angrenzenden Materialsenlagers verhindert werden konnte. Gegen 18 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt und die Aufräumarbeiten konnten in Angriff genommen werden. Eine Brandwache wurde von den abrückenden Wehren zurückgelassen.

Bei den Löscharbeiten erlitten mehrere Feuerwehrleute leichte Brandwunden. Sie erhielten von Samaritern der Feuerwehr an Ort und Stelle die erste Hilfe.

Die Entstehungsursache konnte bis zur Stunde noch nicht einwandfrei ermittelt werden. Wie uns von der Gutsverwaltung mitgeteilt wird, besteht die Vermutung, daß der Brand durch Kurzschluß in der Starkstromleitung entstanden ist. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß verbrecherische Hände das Feuer angelegt haben. Hierfür spricht vor allen Dingen der umfangreiche Brandherd bei der Entdeckung des Feuers. Der Schaden ist erheblich, jedoch durch Versicherung in vollem Umfange gedeckt.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

(Schluß.)

„Die Jungen sind ausgegangen. Ich werde dir frischen Tee bereiten.“ Sie tat es. Kam damit wieder und setzte sich in den Rohrstuhl ihm gegenüber an den Teetisch. „Ich bin froh, daß ich dich wieder habe. Obwohl ich dich ausschimpfen könnte . . .“

„Du siehst glänzend aus. Ich habe deine Stirn niemals so klar und gebräunt gesehen.“

„Ich war die ganze Zeit in guter Luft.“

„Bist du zu den Seen gekommen?“

„Nicht ganz. Aber es war überall gute Luft. Gesunde Luft.“

„Hast du dich niemals verirrt?“

„Ne.“

„Ich hatte die fixe Idee, du hättest dich verirrt — dein Gedächtnis verloren. So etwas kommt vor, nicht?“

„Mein Gedächtnis ist so klar wie ein Edelstein.“

„Aber wo warst du?“

„Ich wanderte und träumte so vor mich hin. Verloren in einem Tag-Traum. Oft fragte ich nicht nach dem Namen des Ortes, in dem ich mich aufhielt. Ich blieb an einem Ort und dann an einem anderen, ich habe niemals nach dem Namen gefragt. Mein Denken hielt sich ganz passiv. Ganz passiv. Ich spannte vollkommen aus — von allem. Ich habe der Politik, dem Geld oder sozialen Fragen — wenigstens jenen, die man gewöhnlich soziale Fragen nennt — oder sonst einer dieser Plagen kaum einen Gedanken gewidmet, seitdem ich abgefahren bin . . . Ist das der „Liberal“ von dieser Woche?“

Er nahm das Blatt, las es durch und warf es schließlich auf das Sofa. „Armer alter Bevee,“ sagte er. „Ich muß selbstverständlich dieses Blatt verlassen. Es ist wie eine Tapete auf einer feuchten Wand, die fleckig wird, abspringt und in Stücke zerfällt . . . Es verurteilt mich geistigen Rheumatismus.“

Mrs. Barnstaple blinzelte ihn zweifelnd an. „Aber ich glaube, der „Liberal“ bietet einen so sicheren Verdienst.“

„Ich brauche jetzt keinen sicheren Verdienst. Ich kann etwas Besseres tun. Ich habe andere Arbeit vor . . . Gräme

dich nicht darum. Nach dieser Ruhepause kann ich genügend fest zupacken . . . Wie geht es den Jungen?“

„Ich sorge mich ein wenig wegen Frankie.“

Mr. Barnstaple hatte die „Times“ aufgenommen. Eine merkwürdige Anzeige in der Spalte für Familiennachrichten war ihm aufgefallen. Sie lautete: „Cecil. Deine Abwesenheit erregt Aufsehen. Möchte wissen, was wir den Deuten sagen sollen. Schreibe ausführlich an schottische Adresse. Diana krank vor Sorge. Alle Anweisungen werden befolgt werden.“

„Wie sagtest du, meine Liebe?“ sagte er und legte die Zeitung beiseite.

„Ich sagte, daß er sich anscheinend nicht ans Geschäft gewöhnt. Er mag es nicht. Ich möchte, daß du ihm gut zuredest. Er trinkt sich, weil er nicht genug weiß. Er sagt, er möchte auf dem Polytechnikum studieren und sich weiter bilden.“

„Gut, das kann er. Verständiger Junge! Ich dachte nicht, daß das in ihm steckt. Ich dachte, ich würde mit ihm darüber sprechen, aber so treffen wir uns auf halbem Wege. Gewiß, er soll studieren.“

„Aber der Junge muß sich doch den Lebensunterhalt verdienen.“

„Das wird kommen. Wenn er studieren will, so soll er es.“

Mr. Barnstaple sprach in einem Ton, der Mrs. Barnstaple ganz neu war. In einem Ton dringender, ruhiger und sicherer Entschiedenheit. Besonders erstaunlich war, daß er diesen Ton gebrauchte, ohne sich anscheinend dessen bewußt zu sein.

Er biß in seine Butterbrotschnitte und sie konnte sehen, daß ihn der Geschmack überraschte und ihm mißfiel. Er sah sich den Rest der Schnitte in seiner Hand an.

„Natürlich Londoner Butter, drei Tage alt. Wertwürdig, wie schnell man seinen Geschmack ändert.“

Er nahm die „Times“ wieder auf und ließ den Blick durch die Spalte laufen.

„Diese Welt ist wirklich sehr kindisch, sehr. Ich hatte es vergessen. Eingebildete, bolschewistische Verschwörungen. Sinn-feiner Proklamationen. Der Prinz von Wales. Polen. Augenscheinliche Lügen über die Chinesen. Offensbare Lügen über Ägypten. Ein heuchlerischer Artikel über den Dreifaltigkeitssonntag. Der Mörder von Hirsch . . . hm! — ein ziemlich gemeiner Kerl . . . Der Rembrandt von

Pomfort . . . Versicherung . . . Brief eines entrüsteten Pairs über Erbschaftsteuer . . . Täglicher Sportbericht, Rudern, Tennis, Schiffertrick. Zusammenbruch von Harrow! Als ob solche Sachen von irgendwelcher Wichtigkeit wären! Wie dumm das ist — alles darin. Es ist, als ob man zu Dienstbotenzant und Kindergeplapper zurückkäme.“

Er bemerkte, wie ihn Mrs. Barnstaple scharf betrachtete. „Ich habe keine Zeitung gesehen, seit ich abgefahren bin bis heute,“ erklärte er.

Er legte das Blatt hin und stand auf. Einige Minuten war Mrs. Barnstaple im Zweifel, ob sie nicht das Opfer einer wider sinnigen Halluzination sei. Dann wurde ihr klar, daß sie vor der erstaunlichsten Tatsache stand, die sie je beobachtet hatte.

„Ja,“ sagte sie, „es ist so. Bewege dich nicht! Bleibe so. Ich weiß, Alfred, es klingt lächerlich, aber du bist größer geworden. Es ist nicht nur, weil du deine gebückte Haltung verloren hast. Oh, du bist gewachsen — oh, zwei oder drei Zoll.“

Mr. Barnstaple starrte sie an und streckte dann seinen Arm vor. Es war sicher, das Handgelenk sah ungewöhnlich lang aus dem Ärmel. Er prüfte seine Hüften, ob sie auch das gleiche ausgewachsene Aussehen hätten.

Mrs. Barnstaple kam fast respektvoll zu ihm. Sie stand neben ihm und legte die Schulter gegen seinen Arm. „Deine Schulter war sonst in genau gleicher Höhe mit der meinen,“ sagte sie. „Sieh, wie es jetzt ist.“

Sie sah in seine Augen auf, als ob sie wirklich sehr froh wäre, ihn wieder bei sich zu haben.

Aber Mr. Barnstaple blieb in Gedanken verloren. „Es muß die außerordentliche Frische der Luft gewesen sein. Ich war in wundervoller Luft . . . Wundervoll . . . Aber in meinem Alter! Zu wachsen! Und ich fühle mich gewachsen, inwendig und auswendig! Leib und Seele.“

Mrs. Barnstaple begann jetzt das Teegeschirr abzuräumen.

„Es scheint, du hast die großen Städte vermieden.“

„Das tat ich.“

„Und daß du die Straßen und Wege auf dem Lande benutzt hast.“

„Im wesentlichen . . . Es war alles neues Land für mich . . . Schön . . . Wundervoll . . .“

Sein Weib beobachtete ihn immer noch.

„Du mußt mich einmal dorthin bringen,“ sagte sie. „Ich sehe, daß es dir unendlich gut getan hat.“

Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mittelst, besteht nach Ansicht der Restverwaltung für Reichsaufgaben begründete Aussicht, daß die weiteren Auszahlungen noch im April dieses Jahres aufgenommen werden können; etwa 30 000 Anträge liegen zahlungsbereit vor.

„Berlin im Licht.“

Kustakt für die Berliner Saison 1929.

Im Festsaal der Industrie- und Handelskammer fand die Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft „Berlin im Licht“ statt, die auf Anregung der Zentrale der Deutschen Schaufensterlichterwerbung in der Zeit vom 13. bis 16. Oktober 1928 eine Lichtveranstaltung größten Stils in Berlin durchführen will. Die Durchführung soll in der Zeit stattfinden, in welcher die Internationale Luftfahrtausstellung (Ila) stattfindet.

Wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, werden den Mittelpunkt der Veranstaltung die effektiv beleuchteten öffentlichen Gebäude und die illuminierten Geschäftsstraßen bilden. Kirchen, Theater, historische Bauten sollen angeleuchtet werden. Die Schaufenster werden sich in besonders wirkungsvoller Beleuchtung und origineller Dekoration zeigen, während die Häuserfronten einen festlichen Lichtschmuck tragen. Nach Maßgabe der verfügbaren Mittel ist beabsichtigt, die einzelnen Lichtarrangements der Geschäftsstraßen durch ein großzügiges Lichtsystem von bunten leuchtenden Bändern oder farbigen Lampengirlanden über die ganze Straßenfront miteinander zu verbinden. Lichtlose werden sich auf den belebten Plätzen, Lichttürme auf den Dächern befinden. Pressempfang, Eröffnungsfeier, Sonderveranstaltungen aller Art, eine Schaufensterbeleuchtung und Lichtreklamewettbewerb unter Beteiligung des Publikums, sind im Programm vorgesehen. Den Abschluß wird ein Lichtball bilden. Wie Oberbürgermeister Böhm mitteilte, hat die Stadt für den Wettbewerb einen sehr wertvollen Preis gestiftet. Gleichzeitig gab er bekannt, daß die finanzielle Grundlage für die Durchführung der Berliner Saison 1929, für die „Berlin im Licht“ den Kustakt bilden soll, gesichert sei. Zur Durchführung der Vorbereitungsarbeiten wurde ein Ausschuss für Lichtwerbung gebildet, der von Dr. Koppel geleitet wird. An der Spitze des Verkehrs- und Pressenausschusses steht Stadtbaurat Adler.

Straßenreinigung und Mieterhöhung.

Zur Deckung der Kosten der von der Stadt auszuführenden Straßenreinigung werden den Hauseigentümern Beiträge auferlegt. Diese können aber von den Hauseigentümern auf die Mieter umgelegt werden. Die Höhe der Beiträge ist vor kurzem neu festgelegt worden und es hat sich dabei eine Erhöhung ergeben. Nach einer Verordnung des preussischen Staatsministeriums muß der Magistrat einen der Höhe der Straßenreinigungsgebühren entsprechenden Prozentsatz der Friedensmiete bestimmen, um den hiernach die gefällige Miete sich erhöht. Vor der Festsetzung sind nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes noch die Vertreter von Mieter- und Vermieterverbänden zu hören. Die Festsetzung wird voraussichtlich erst im Mai möglich sein, so daß diese Mieterhöhung am 1. Juni in Kraft treten wird. Nach den Berechnungen des Zentralwohnungsamtes dürfte die Erhöhung 1 Prozent der Friedensmiete betragen.

Der Neuföllner KKB. in Auflösung.

Der Neuföllner KKB. ist in den letzten Wochen besonders aktiv geworden, um das weitere Abgleiten seiner Mitglieder zu den „Linken Kommunisten“ zu verhindern. Auch der Ueberfall am Sonntag auf Reichsbanner und Stahlhelm ist darauf zurückzuführen, daß die Leitung nicht vor Erzeisse warnt. Der Neuföllner KKB. hat mit inneren Streitigkeiten sehr zu kämpfen. Vor Wochen hat sich der Bund gespalten. Die „Linken Kommunisten“ haben einen eigenen Frontkämpferbund, den „Sturmvogel“, gegründet. Durch diese Gründung hat der KKB. die Hälfte seiner Mitglieder verloren. Auch die Schalmeienkapelle hat sich zum größten Teil vom KKB. abgespalten und einen Arbeiter-Schalmeienchor gegründet, der in enger Verbindung mit den „Linken Kommunisten“ steht. Selbst bei den größten Veranstaltungen ist der KKB. nie mit über 250 Mann angetreten.

Wleisicht brauchen die Kommunisten gerade ein Verbot, um den Zerfall des KKB. zu verschleiern?

Das verunglückte Polizeiauto.

Das Unglück am Handelpfah in Lichterfelde-West, über das wir gestern abend berichteten, war gestern der Gegenstand einer Untersuchung durch mehrere Sachverständige. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung löste sich beim Ausweichen vor der plötzlich von links auftauchenden Autodrohsche die Felge des rechten Hinterrads. Der Wagen lag dadurch nach rechts auf den Bürgersteig, schleuderte dabei gegen einen Gastandeleiter und stürzte um. Die verletzten sieben Beamten der Schutzpolizei, Inspektion Steglitz, wurden im Laufe des Nachmittags vom Lichterfelder Krankenhaus in das Scharnhorst-Krankenhaus in der Scharnhorststraße gebracht. Zwei der Verunglückten liegen schwer darnieder, doch besteht glücklicherweise keine Lebensgefahr.

Autobuslinie Grünau-Bohnsdorf.

Durch Verhandlungen des Bezirksamtes Köpenick und des Verkehrsamtes der Stadt Berlin mit der Ubaag ist nunmehr die Einrichtung einer Omnibuslinie von Grünau nach Bohnsdorf erreicht worden. Die Eröffnung wird in einiger Zeit erfolgen, wenn die für die Unterbringung der Wagen notwendigen Räumlichkeiten ausgebaut sind. Mit diesen Arbeiten in der hierfür vorgesehenen großen Halle des ehemaligen Gaswerks in Berlin-Köpenick ist begonnen. Die Linie wird wie folgt eingerichtet werden: 1. Bahnhof Grünau bis zur Kirche in Bohnsdorf, 2. Bahnhof Grünau durch die Schulzenborfer bis Ecke Hubertusstraße. Diese Strecken werden wechselseitig voraussichtlich halbstündlich, nach Bedarf aber auch in kürzeren Zwischenräumen, befahren. Die Befanggabe des genauen Termins der Inbetriebnahme der neuen Strecke wird zur gegebenen Zeit erfolgen.

Der „Sepp“ hat's erwischt.

Einen lohnenden Lebensmittelschwindel betrieb seit längerer Zeit, wie mitgeteilt, ein 34 Jahre alter Josef Kiendi. Gestern machte er einmal einen Ausflug nach Friedrichshagen und verband ihn gleich wieder mit einem „Geschäft“. Die Frau eines Reeders, die er in Hahns Mühle bei Friedrichshagen aufsuchte, ging auf sein Angebot billiger Lebensmittel, die er aus Bayern mitgebracht haben wollte, gern ein. Sie fuhr mit „Sepp“ nach Berlin und er führte sie nach der Yorckstraße, wo die Sachen lagern sollten. Unterwegs in Worwitz ließ er sich den Kaufpreis geben. Die Frau packte aber in der Yorckstraße auf, als er allein in ein Haus ging, um die Ware zu holen, so gerade nach, daß er es durch einen zweiten Ausgang gleich wieder verließ und machte einen Chauffeur auf ihn aufmerksam, der mit seinem Auto in der Nähe hielt. Dieser verfolgte den Schwindler, holte ihn nach kurzer Jagd ein, nahm ihn fest und übergab ihn der

Riesenbetrug mit Kreditbriefen.

46 500 Dollar an einem Tage erbeutet!

Große Betrügereien mit gefälschten Kreditbriefen, wie sie in Europa wohl zu den Seltenheiten gehören dürften, sind einem raffinierten Gauner bei holländischen Banken geglückt.

Am 25. Februar d. J. erschien bei einer Bank in Utrecht ein Mann, der einen Kreditbrief der Great National Bank of New York über 10 000 Dollar vorlegte, der auf den Namen G. B. Fowler ausgestellt war. Da der Fremde sich mit einem in Utrecht erworbenen Paß auf den Namen Fowler auswies, zögerte man nicht, ihm den Betrag von 5000 Dollar auszuzahlen. Später ergab sich, daß der Vorleger nicht der rechtmäßige Eigentümer des Kreditbriefes gewesen war. Ungefähr 14 Tage später, am 7. und 8. März d. J., holte der Gauner zu einem großen Schlage aus, der ihm über jedes Erwarten gelang. Innerhalb weniger Stunden — zwischen 10½ Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags — tauchte er bei verschiedenen Banken in Amsterdam, Haag und Utrecht auf und behob, wieder mit einem gefälschten Kreditbrief der National City Bank of New York, nacheinander 8000, 11 500 und 10 000 Dollar. Nirgends hatte man an der Echtheit des Briefes gezweifelt. Die geringen Zeitunterschiede lassen sich nur so erklären, daß der Betrüger sich eines schnellen Autos bedient haben muß, um innerhalb kürzester Zeit, noch ehe eine Bank die andere benachrichtigen konnte, in den verschiedenen Städten zu sein. Am nächsten Tage, dem 8. März, erbeutete er noch bei einer Bank in Rotterdam 17 000 Dollar, so daß ihm in den zwei Tagen nicht weniger als 46 500 Dollar in die Hände gefallen waren. Man glaubte zunächst, daß man es hier mit einer wohlorganisierten Bande von Fälschern zu tun gehabt hätte, die weiteren Nachforschungen haben aber ergeben, daß es nur ein einziger Mann war, der von zwei Begleitern gedeckt wurde. Wertwürdig ist die übereinstimmende Beschreibung des Betrügers. Ueberall ist den Bankbeamten aufgefallen, daß der Mann mit dem Kreditbrief sehr stark parfümiert und gepudert war, und daß er stets selbstgerollte Zigaretten rauchte. Sein Alter schätzte man auf etwa 35 Jahre. Sein dunkles Haar war glatt nach hinten gekämmt und sein volles dattliches Gesicht sauber rasiert. Die meisten Bank-

angestellten hatten den Eindruck, daß er etwa ein Schauspieler sein könnte. Interessant ist die Feststellung der holländischen Polizeibehörden, daß ein Mann, auf den die Beschreibung paßt, schon vorher in der Schweiz auftaucht und dort ebenfalls mit gefälschten Kreditbriefen erhebliche Beträge ergaunerte.

Bisher sind die gemünzten Summen immer in hochwertigen Banknoten ausgezahlt worden, in Schweizer Franken, in holländischen Gulden, in Dollar und zum Teil auch in deutschen Reichsmark. Da seit dem letzten Beutezug in Rotterdam wiederum längere Zeit verstrichen ist, dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß der Schwindler es nun einmal in Deutschland mit seinen Fälschungen versuchen wird. In einem Falle hat sich der Betrüger, wie schon erwähnt, Fowler genannt, in einem anderen legte er sich den Namen Charles Louis Dupon de la Tour bei. Mitteilungen, die zur Ergreifung des Schwindlers dienen können, nimmt in Berlin die Dienststelle D 1 im Polizeipräsidium entgegen.

Die veruntreuten Rettungsgelder.

Die Verhandlung gegen den Vorsitzenden und den Kassierer der Rettungsgesellschaft „Berliner Wasserportvereine“ gestaltete sich für den Vorsitzenden Arndt sehr entlastend. Es konnte ihm nicht widerlegt werden, daß er von den Eingriffen des Kassierers Bergmann in die Vereinstasse zunächst nichts gemerkt hatte, und daß er die späteren Sicherungsverträge, durch die Bergmann die Pappporträte seines Geschäftes dem Verein übereignete, nur getätigt hatte, um die Forderungen der Rettungsgesellschaft zu sichern. Ein Teil des Schadens ist auch gedeckt worden, so daß der Verlust der Rettungsgesellschaft nur noch 6 bis 7000 M. beträgt. Entsprechend dem Antrage von Rechtsanwalt Walter Bahn kam das Schöffengericht Berlin-Mitte zu einer Freisprechung von Arndt. Dagegen wurde der Kassierer Otto Bergmann wegen fortgesetzter Untreue und wegen Konkursvergehens zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Bergmann erhielt dreijährige Bewährungsfrist, jedoch wurde hieran die Bedingung geknüpft, daß er der Rettungsgesellschaft innerhalb der drei Jahre den angerichteten Schaden voll ersetzt.

Wieder sechs Opfer einer Grube.

Angeblich verbotswidriges Fahren auf dem Bremsgestell.

Schafflach, 25. April.

Auf der Grube Marienlein bei Schafflach in Oberbayern ereignete sich durch das verbotswidrige Fahren auf dem Gestell eines Bremsberges heute mittag beim Schichtwechsel ein schweres Unglück, das sechs Bergarbeiter den Tod brachte und einen weiteren schwer verletzte. Die betreffenden Arbeiter fuhren mit dem Bremsgestell von der dritten zur zweiten Sohle hinauf. Das Seil riß kurz unter der zweiten Sohle und das seillose Gestell rief die Arbeiter auf dem Bremsgestell fahrenden Bergarbeiter etwa 80 Meter in die Tiefe. Die Untersuchung ist im Gange.

Hamborn, 25. April.

Eine britische Schlagwetterexplosion ereignete sich heute vormittag aus noch unbekannter Ursache auf Schacht II der Zeche Neumühl, in der fünften Sohle. Vier Personen, ein Förderaufseher, ein Lokomotivführer und zwei Hauer, erlitten mehr oder minder schwere Brandwunden. Sie wurden sofort in das Krankenhaus gebracht, es scheint bei keinem der Verletzten Lebensgefahr vorzuliegen. Der Betrieb unter Tage erleidet durch den Unfall keine Unterbrechung. Vertreter der Bergbehörde haben eine Untersuchung eingeleitet.

Banditenüberfall auf Lohnbureau.

Das Pech der Räuber.

Barmen, 25. April.

Vier maskierte Räuber drangen heute nachmittag in das Lohnbureau der Firma Hoelken-Seele in Rittershausen ein, hielten die dort mit dem Einlegen der Lohnbeträge in Lohnkästen beschäftigten vier weiblichen Angestellten durch vorgehaltene Revolver in Schach und entlockten mit 44 000 Mark Beute. Einen Teil des Geldes verloren die Räuber auf der Flucht, einen anderen Teil fand man später in einem Versteck in einem Stiehbau. Der noch fehlende Betrag beläuft sich auf etwa 10 000 M. Trotzdem noch die Verfolgung der Räuber sofort aufgenommen wurde, konnte man ihrer nicht habhaft werden.

Kündigung ohne Angabe von Gründen.

Ein kaufmännischer Angestellter war zunächst auf eine bestimmte Zeit zur Probe eingestellt. Die feste Anstellung sollte schließendlich erfolgen, falls der Probevertrag nicht innerhalb einer bestimmten Frist von der einen oder anderen Seite aufgekündigt würde. Innerhalb der vorgesehenen Zeit gab der Arbeitgeber die Erklärung ab, daß er das Probeverhältnis als beendet betrachte, ohne nähere Gründe für die Aufkündigung des Vertragsverhältnisses anzugeben. Der Arbeitnehmer war mit dieser Form der Kündigung nicht einverstanden. Er rief das Arbeitsgericht an. Dieses stellte sich auf den Standpunkt, daß der Einwand des Klägers, in der Kündigung fehle die Angabe von Gründen und diese sei daher unzulässig, unbeachtlich sei, da Gründe nach dem Wertage nicht angegeben zu werden brauchten. Der Klageantrag, der auf Feststellung der Rechtsunwirksamkeit der Kündigung gerichtet und nach § 256 ZPO. an sich zulässig war, wurde als unbegründet abgewiesen.

Studentenengen suchen Zimmer! Eine Anzahl Mitglieder der Vereinigung sozialdemokratischer Studierender suchen die Sommermonate über möblierte Zimmer in Berlin. Angebote sind möglichst schnell zu richten an J. Jakobowitz, Diebverlag, Lindenstraße 3.

Der Kreisverein Wilmersdorf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am Freitag, dem 27. April, im Spidereihaus (am Wilmersberger Platz) um 8 Uhr abends, eine große republikanische Kundgebung, an der alle Gemeindeglieder eingeladen sind. Bürgermeister Reich, Lehrer Wiska und Oberbauwart Rühle werden zu dem Thema „Gegen die Reaktion, für die Republik“ sprechen.

Die Kassen und Bureaus der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-B. sind am 1. Mai geschlossen.

Die Druckerei Gartenbau-Gesellschaft veranstaltet unter dem Protektorat des Herrn Oberbürgermeisters Böhm vom 5. bis 13. Mai 1929 in den Räumen des Berliner Konzerthauses Frau. Mauerstraße, eine Frühjahrsausstellung „Frühling im Glas“. Diese Frühjahrsausstellung wird neben Frühjahrsblumen auch Steinarten, insbesondere Frühblüher und Frühblüher umfassen. Außerdem werden Wälderballone für die Ballonausstellung 1928 wertvolle und praktische Anregungen bieten.

Polizei. Der Kriminalpolizei räumte der endlich Erkappte einige 30 Fälle ein. So viele sind aber der Kriminalpolizei bisher noch gar nicht gemeldet. Die anderen Betrogenen, die bis jetzt keine Anzeige gemacht haben, werden gebeten, sich bei Kriminalbezirkssekretär Neumann im Polizeipräsidium zu melden.

3¼ Jahre Zuchthaus für Heiratschwindel.

Ein halbes Menschenalter hinter schwedischen Gardinen.

Das Schicksal ereilte ihn doch wieder, den unergleichlichen Heiratschwindler, der es Jahre hindurch verstanden hatte, ältere alleinstehende Frauen um ihre Ersparnisse und letzten Habseligkeiten zu bringen.

Der Maler Waldemar Koppi betrieb das lichtschene Gewerbe eines gemerbsmäßigen Heiratschwindlers schon seit langen Jahren und einen beträchtlichen Teil seines Lebens hatte er bereits in Zuchthäusern und Gefängnissen zugebracht. Sein Strafregister weist nicht weniger als 30 Vorstrafen auf. Auf der Strafe, bei Dampfpartien und in Konzertsokalen knüpfte er die Bekanntschaft mit seinen Opfern an. Bald war er verlobt und blieb auch gleich als Gast in der Wohnung. Bei passender Gelegenheit schickte er seine „Braut“ mit einer Quittung zu seinem angeblichen Arbeitgeber, um Gehalt einzufordern. Die Adresse war unauffindbar und die in den April geschickte Frau mußte bei ihrer Heimkehr zu ihrem Schrecken entdecken, daß die Schränke und Kästen erbrochen, und daß alles, was an Schmuckstücken und wegzuschaffenden Gegenständen Wert hatte, verschwunden war. Auch der „Bräutigam“ ließ sich nicht wieder sehen. Schon kurz vor Ostern war Koppi wegen einer Reihe von Fällen dieser Art abgerichtet worden.

Gestern wurde gegen ihn noch eine Nachtragsklage verhandelt, in der zwei „Bräute“ als Zeuginnen auftraten. Das Schöffengericht Mitte erkannte gegen Koppi auf eine Gesamtstrafe von 5 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Selbstmord des Schupomörders.

Wie aus Greifswald telegraphisch berichtet wird, wurde dort der stüchtige Billy Kron, der, wie im Abendblatt mitgeteilt, auf dem Bahnhof Wolgast den Polizeiwachmeister Ploch erschoss, von Polizeibeamten auf der Straße erfaßt. Er versuchte zu entkommen, die Beamten kreisten ihn aber so ein, daß jeder Fluchtweg versperrt war. Als der Verbrecher sich gefesselt sah, griff er nach der Pistole und schoß sich selbst eine Kugel in den Kopf. Er war auf der Stelle tot.

Funkwinkel.

Von den ersten vier Abenden dieser Woche brachten drei Orchesterkonzerte. Musikalisch war freilich gegen den „Opernabend“ des Funkorchesters, unter Bruno Seidlers Leitung, nichts einzuwenden. Fröhlich ist, wie dieser Dirigent, der anfangs eine besondere Vorliebe für großes, etwas verchromtes Pathos zeigte, sich jetzt in die durchsichtig klare Linienführung Gluckers und Mozartscher Musik hineinstellt, wie er auch der Hugo Wolf'schen Romantik gerecht zu werden weiß. — Die Vorträge des Tages waren nicht besonders ergiebig. Dr. Karl Würzburger's anmutige Plaudereien über die moderne Frau bringen zwar nicht allzu viele originelle Erkenntnisse, wirken aber innerlich geistlich auf den Sinn und Zusammenhang mancher Erscheinung in der modernen Lebensführung hinzuweisen. — Dr. Fritz Klatt sprach über „Die Weltanschauung der jungen Generation“. — Eine Weltanschauung, die es, wenn man den Extrakt aus dem Vortrag des Redners ziehen wollte, eigentlich überhaupt nicht gibt. Denn die Weltanschauung der heutigen Jugend deckt sich danach im Grunde durchaus mit der heute gültigen der alten Generation. Dr. Klatt betonte, daß der letzten Generation der revolutionäre Ueberchwang der Jugend fehle, weil sie infolge des Krieges allzu früh in allzu reichem Maße schrankenlose Freiheit und Selbständigkeit kennen lernte, und nun begriff, daß nur durch unegoistische Einordnung in die Gesamtheit Aufbau und Fortentwicklung möglich ist. So richtig diese Feststellungen sind, so erlagte der Vortragende damit doch eigentlich nur die negative Seite der Weltanschauung der jungen Generation; ihre positive, die fraglos den Krim eigenen, neuen Lebens in sich birgt, mußte er leider nicht deutlich zu zeigen.

Die neue

Greiling-Auslese in der modernisierten Goldfolie-Packung enthält die besten Tabake des Orients und ist deshalb eine Qualitätssteigerung von außergewöhnlicher Bedeutung. Es gibt zwei Sorten von orientalischem Tabak, die das Aroma einer Zigarette entscheidend beeinflussen: Samsoun und Kanthi. Von diesen beiden wieder ist Samsoun der wichtigste, da er die Mischung würzt und der Zigarette das Aroma gibt. Für die meisten Zigarettenfabriken ist jedoch dieser Tabak auf den europäischen Märkten gar nicht mehr erhältlich, da davon im Verhältnis zum Verbrauch viel zu wenig gebaut werden kann und besonders Amerika viel zu ganz exorbitanten Preisen kauft. Nur infolge unserer guten Beziehungen zu den Plantagenbesitzern von Samsoun - unser erster Fachmann ist dort geboren - sind wir immer mit diesem Edelgewächs gut eingedeckt.



Daher ist

Greiling Auslese

stets so wundervoll aromatisch und mild, daß sie den höchsten Ansprüchen verwöhnter Raucher gerecht wird.

Volksmacht gegen Besitzprivileg.

Der politische Sinn der Wirtschaftskämpfe.

Was feinerzeit die Entdeckung der großen Geister war, was längere Zeit nur wenige Tieferscharde vor allem unter den sozialistischen Denkern verstanden, ist jetzt auch den breiten Massen klar geworden. Die Millionen der Wähler wissen jetzt, daß es zwischen Politik und Wirtschaft keine scharfe und starre Scheidung gibt. Die Politik hat ihre wirtschaftlichen Hintergründe, sie wird durch die wirtschaftliche Zielsetzung bestimmt und zum guten Teil mit wirtschaftlichen Mitteln gemacht. Ebenso steht ein Stück Politik in jedem wirtschaftlichen Kampf und erst recht in den großen Konflikten.

Die großen Wirtschaftskämpfe der letzten Zeit.

namentlich Konflikte wie in der nordwestlichen Eisenindustrie oder jetzt im Ruhrbergbau, machen die Zusammenhänge besonders deutlich. Wir brauchen uns hier nicht mit den unsinnigen Behauptungen der Unternehmerrpresse auseinanderzusetzen, daß es sich in den gegenwärtigen Lohnkämpfen nicht um höhere Löhne handelt, sondern daß diese Kämpfe durch die „verblendeten Machtgelüste“, durch die „Despotie“ oder durch den „Cäsarenwahn“ der Gewerkschaften entfacht werden. Man kämpft um die Löhne, um die kürzere Arbeitszeit, um die bessere Regelung des Urlaubs usw.

Die Entscheidung in diesen Kämpfen hängt aber nicht zuletzt von dem Maß an politischer Macht ab, das die Kämpfenden auf beiden Seiten besitzen. Das war immer so, nur waren es früher immer die Unternehmer allein, die von ihrer politischen Rechtsstellung auch in wirtschaftlichen Kämpfen Gebrauch machten und im Notfall die ganze Macht des ihnen ergebenden Staatsapparates gegen die Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen versuchten. Jetzt ist der Verlauf manchmal ein anderer, und man bekommt bei wirtschaftlichen Kämpfen auch die politische Macht der organisierten Arbeiterschaft zu spüren.

Die Unternehmer wollen natürlich nicht anerkennen, daß, was ihnen recht, auch den anderen billig ist. Es ist „normal“ und gut, wenn das Reichsernährungsministerium zum Bureau des Reichslandbundes geworden ist, wenn der Reichswirtschaftsminister vor allem als Sachverwalter der kapitalistischen Interessen wirkt. Versuchen aber die Gewerkschaften, ihren Einfluß im Reichsarbeitsministerium geltend zu machen, dann wird das zum öffentlichen Skandal erklärt. Die Herrschaften wollen das Recht, die politische Macht für wirtschaftliche Zwecke einzusetzen, für sich allein behalten; geht das nicht mehr auf Grund einer privilegierten Stellung in der Politik, durch die Bevorzugung der Besitzenden im Wahlrecht und in der Art der staatlichen Organisation, so muß es auf Grund der privilegierten Stellung der Besitzenden in der Wirtschaft gehen!

Auf diesem Gebiet liegt die eminente politische Bedeutung der großen Wirtschaftskämpfe.

Der Kampf um die Arbeitsbedingungen wird immer mehr zum Kampf um die Wirtschaftsordnung.

Man hört immer öfter und öfter, daß in diesen Kämpfen Schicksalsfragen für die deutsche Wirtschaft, für das deutsche Volk, zur Entscheidung stehen, und man muß zugeben, daß der Kampf in der Eisenindustrie oder im Kohlenbergbau von schwerwiegender Bedeutung für die gesamte Wirtschaft und damit für die gesamte Bevölkerung ist. Ist es nun ein haltbarer Zustand, wenn kleine Gruppen aus der herrschenden kapitalistischen Schicht das „Schicksal“ der Wirtschaft und damit den Wohlstand vieler Millionen in ihren Händen halten?

Als vor einigen Monaten eine solche Gruppe mit der Stilllegung der ganzen Eisenindustrie drohte, als dadurch das Schicksal von mehreren Hunderttausenden von Arbeitern unmittelbar und das Schicksal von mehreren Millionen auf dem Wege über die Erschütterung der gesamten Wirtschaftslage mittelbar gefährdet war, da wurde durch dieses Verhalten der Montankapitäne gegen die heutige Wirtschaftsordnung ein Argument geliefert, wie es schlagender von keinem Theoretiker des Sozialismus erfunden werden könnte.

Ähnlich liegt es bei dem letzten, noch lange nicht erledigten Fall, dem Kampf im Ruhrbergbau. Der deutsche Kohlenbergbau ist gezwungen, einen schweren Konkurrenzkampf in sogenannten bestrittenen Gebieten zu führen, wo die ausländische Kohle die deutsche zu verdrängen droht. Wenn wir als wahr unterstellen, daß dieser Kampf, dieser wirtschaftliche Krieg, unvermeidlich oder unbedingt notwendig ist, dann wird die Frage immer brennender, ob die Zielsetzung in diesem Krieg und die Auswahl

der Kampfmittel einzig und allein den wenigen Leuten, die das große Wort im rheinisch-westfälischen Syndikat führen, und die rein privatwirtschaftlich eingestellt sind, überlassen werden darf? Darf man diesen Leuten, die in den letzten Jahren mehr als einmal das Schicksal der Arbeiterschaft und damit ihrer Industrie selbst rücksichtslos aufs Spiel gesetzt haben, immer noch die Wahrung der Interessen der deutschen Wirtschaft und der deutschen arbeitenden Massen in diesem Wirtschaftskrieg anvertrauen?

Mag es sein, daß alle diese Leute für ihren engeren Aufgabenkreis sehr gut geeignet sind (was auch nicht immer der Fall ist), ihre beherrschende Stellung in der Wirtschaft, ihre Macht, die zum Verderben von Millionen wird, beruht auf dem Privileg des Besitzes. Und da die Besitzenden ganz andere Möglichkeiten der Bildung haben als die Besitzlosen, da sie mit ihrem Geld die verschiedensten Mittel zur Beeinflussung der weniger gebildeten Besitzlosen und namentlich der kleinen Besitzer zu ihrer Verfügung haben, so bleibt dieses Besitzprivileg auch die größte Machtquelle im politischen Kampf. Daraus, ob es gelingen wird, das Besitzprivileg in der Wirtschaft zu brechen, hängt auch

das Schicksal der politischen Freiheit

ab: Entweder wird die politische Freiheit durch die wirtschaftliche Freiheit vollendet oder sie wird dem arbeitenden Volke faktisch geraubt werden.

Werden die wertvollen Massen das einsehen, werden sie die Lehren der großen Wirtschaftskämpfe richtig verstehen, so werden sie auch einsehen müssen, daß der Sozialismus als die neue Wirtschaftsordnung, nicht bloß ein Zukunftsideal ist, sondern daß durch ihn schon jetzt die Richtung des Kampfes bestimmt wird. Die Zeit ist längst vorbei, in der manche Gegner des Kapitalismus ihren naiven Glauben an die Rückkehr zum Kleinbetrieb predigen konnten. Sie wollten das Besitzprivileg in der Wirtschaft beseitigen, indem sie jeden einzelnen zum Kleinbesitzer machen wollten. Auch die andere Illusion, daß man alle Arbeiter zufrieden stellen könnte, indem man sie zu Kleinaktionären machte, zehrt nicht mehr.

Wie macht sich nun der besitzlose arbeitende Mann zum gleichberechtigten Bürger der Wirtschaft? Um diese Frage zu beantworten, brauchen wir uns nicht der Theorie zuzuwenden, wir haben schon in den Erfahrungen unserer Zeit eine klare und schlagende Antwort darauf. Wenn nicht die einzelnen Interessenten auf Grund ihrer privilegierten Stellung über das Schicksal der gesamten Wirtschaft und damit über das Schicksal des ganzen deutschen Volkes entscheiden dürfen, so muß diese Entscheidung bei den Beauftragten der Allgemeinheit liegen. Die öffentliche Wirtschaft — das ist die Wirtschaft, wo das Besitzprivileg nicht mehr für die Herrschaft entscheidend ist.

Einen Feldzug gegen die öffentliche Wirtschaft

haben wir in der letzten Zeit auch erlebt. In allem Gerede über den „Luzus“ der Kommunen steckt der Haß gegen das Prinzip der Wirtschaftsordnung, das in den kommunalen Betrieben seine Verwirklichung findet. Wir sind die letzten, die alles, was auf dem Gebiet der staatlichen und kommunalen Wirtschaft geschieht, kritiklos hingenommen haben wollen. Unsere Kritik richtet sich aber gegen alles das, was nicht den Interessen der gesamten Bevölkerung entspricht und nicht gegen die Tatsache, daß durch die öffentliche Wirtschaft die private Wirtschaft verdrängt wird. Wir begrüßen jeden Fortschritt der öffentlichen Wirtschaft und werden ihren Vormarsch erzwingen. Es handelt sich für uns nicht nur darum, daß die Beleuchtung, die Heizung, die Verkehrsmittel verbessert und verbilligt werden (obwohl das auch talossal wichtig ist), sondern auch darum, daß das Gebiet, auf dem das Besitzprivileg und die privaten Interessen der Besitzenden herrschen, immer enger wird.

Wenn die Unternehmer sich darüber entrüsten, daß die Arbeiterschaft einen immer stärkeren Druck auf die Staatsmacht ausüben vermag, so wollen wir diesen Druck immer mächtiger und wirksamer werden lassen, damit die ganze Staatsmacht dazu gebraucht werden kann, um die gesamte Wirtschaftsführung in den Dienst des Volkes zu stellen. Jeder Sieg der Sozialdemokratie ist ein Schritt auf diesem Wege. Jeder Sieg ist ein Schlag gegen den Kapitalismus, gegen das Privileg des Besitzes in der Wirtschaft.

Das teure deutsche Brot.

Getreidepreise und Getreideausfuhr steigen und steigen.

Wir haben kürzlich davon gesprochen, in welchem argem Mißverhältnis die Propaganda der Großagrarier mit der Tatsache steht, daß in den Händen der deutschen Landwirtschaft gegenwärtig sich noch sehr viel mehr Getreide befindet, als zur gleichen Zeit des Vorjahres, wo von einer Propaganda noch nicht die Rede war. Wir fügten hinzu, daß die schlechtere Qualität des Getreides keineswegs diese Tatsache zu erklären vermag. Auf der anderen Seite sind insbesondere die Roggenpreise heute außerordentlich hoch.

Was man nicht glauben sollte, ist wahr. Roggen ist erheblich teurer als Weizen. Am 25. April kostete in Berlin eine Tonne Weizen 272 bis 275 Mark, während für eine Tonne Roggen nicht weniger als 286 bis 288 Mark bezahlt werden! Seit dem 1. März, also in knapp acht Wochen, sind die Weizenpreise um über 40 Mark und die Roggenpreise um rund 50 Mark gestiegen! Das Reichsernährungsministerium steht aber auf dem Standpunkt, daß diese Teuerung in gar keiner Weise das Anzeichen irgendeines Notstandes sei, und die großagrarische Presse ruft Peter und Paulus gegen die schlesischen, pommerischen und bayerischen Mählen, die eine Aufhebung der Einfuhrsperre bis zur neuen Ernte gefordert haben. Die Großagrarier, die ja am stärksten von der Roggenhaufe profitieren, haben ja auch das größte Interesse daran, ihre Roggenvorräte, die am 15. März um 120 000 Tonnen größer wären, als ein Jahr vorher, möglichst lange zu den teuren Preisen zu verkaufen.

Demgegenüber ist es außerordentlich interessant, daß gegenüber dem vorigen Jahre die deutsche Roggenausfuhr im Monat März verzehnfacht wurde. Sie betrug rund 316 000 Doppelzentner, gegenüber rund 33 000 Doppelzentnern im März des Vorjahres und hat sich gegenüber dem Januar 1928 mit rund 189 000 Doppelzentnern mehr als verdoppelt. Hier führt das Einfuhrsperrensystem dazu, daß die angrenzenden Länder, insbesondere Polen und die Tschechoslowakei, den deutschen Roggen um 50 Mark die Tonne billiger erhalten, als die deutschen Verbraucher, was aber den Herren Großagrarier keinen Pfennig weniger bringt, weil die bei der Ausfuhr auf Kosten der Steuerzahler ausgehändigten Einfuhrscheine für sie bares Geld sind.

Wenn die hohen Roggenpreise der großen Masse der Bauern noch etwas nützen würden, gerade jetzt, wo die Finanzkrise in der Landwirtschaft monden Bauern schwer bedrückt, so hätten die hohen Preise für den deutschen Roggen wenigstens noch etwas Besseres. So aber sind sie nur eine brutale Illustration des deutschen Wahltraumes, der eine einzige Hege gegen das Stadtvolk war, mit dem die Bauernmassen auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Wie das Großstadtvolk wird auch das Bauernvolk bei den Wahlen die Antwort nicht schuldig bleiben.

100 Millionen Reingewinn!

Chemietrust-Dividende von 10 auf 12 Prozent erhöht.

In der Aufsichtsratsitzung des Deutschen Chemietrusts der I. G. Farben-Industrie A.-G., Frankfurt, wurde der Schluß über die vorjährigen Gewinne etwas gelüftet. Der Chemietrust gibt bekannt, daß der am 24. Mai in Frankfurt stattfindenden Generalversammlung der I. G. Farben-Aktionäre ein Reingewinn von 100,81 Millionen Mark für das Jahr 1927 angekündigt werden soll, also wieder 32 Millionen Mark mehr als im Jahre 1926, und daß die Dividende nach dem Vorschlag des Aufsichtsrates auf das Kapital von 900 Millionen Mark von 10 auf 12 Prozent erhöht wird. Wie hoch die tatsächlichen Gewinne sind, wird sich annähernd vielleicht aus der Bilanz ersehen lassen, die demnächst herauskommt.

Auch die Wiener Arbeiterbank wächst!

Die deutsche Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. steht mit ihrem so außerordentlich erfreulichen, schnellen und erfolgreichen Wachstum nicht allein. Unsere Genossen in Wien melden für das fünfte Geschäftsjahr der dortigen Arbeiterbank ebenfalls einen großen Aufschwung. Die Einlagen bei der Wiener Arbeiterbank sind auf 34,6 Millionen Schilling (1 Schilling gleich 60 Pfennig) gestiegen, und in den fünf Jahren ihres Bestehens hat die Arbeiterbank ihre Bilanzsumme auf das Bierzehnfache erhöht. Auch die Aktien der Wiener Arbeiterbank befinden sich in den Händen der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen, und diese können für das Jahr 1927 ihre Kampffonds

DIE GRÖSSTE SCHUHFABRIK DEUTSCHLANDS

ERÖFFNET MORGEN

FRANKFURTER ALLEE 80

EINE WEITERE VERKAUFSSTELLE

SALAMANDER



Pofers Irrtum.

Von Werner Richter.

Pofer hatte als ungewöhnlich kräftiger Mädelträger angefangen und im Wettstreit um das Stämmen schwerer Gewichte manchen Rassen Bier gewonnen. Dann war er Ringkämpfer geworden, worauf es wiederum nicht lange dauerte, bis er einsah, wie unergiebig es ist, allabendlich, Stirn an Stirn mit hüffelbunnen Gefährten, beste Lebenskraft in Schweiß und Dampf umzusetzen. So wurde er mit Smoking und Signalpfeife selbst Manager einer Ringkämpfertruppe. In ihr nun aber Siege und Niederlagen auf die einzelnen Kämpfer so zu verteilen, daß keinerlei Auffälligkeit entstand, war ein Amt, bei dem sich nicht weniger strophend als zuvor seine Muskelpracht, sein diplomatisches Geschick entwickelte. Ihm verdankte er sich darum auch rückhaltlos an, als er, vom Krieg in Amsterdam überrascht, seine Truppe in alle Winde verstreut sah und seine Ersparrnisse in ein frisch erblühendes Geschäft mineralischer und pflanzlicher Fette hineinwarf. Alsobald haben ihn die Kriegskonjunkturalen, einander überstürzend, wie über Stufen eines tobenden Karakalles höher und höher. Zwei Jahre nach Friedensschluß thronte er demgemäß, Generaldirektor der „Internationalen Del. und Fett-Kultur-Ges.", in einem Bureauaplast des Berliner Zentrums. Aller nötigen Lebensformen hatte sich sein aufgeschlossener Kopf rasch bemächtigt; niemand merkte ihm in der halb verhungerten und nahezu toten Stadt seine Herkunft an. Wenn er, auf Rückschub mit weihem Glaceeinfaß massiv aufgebaut, ein Monokel im Auge, die Nachhofale am Kurfürstendammmusterte, hielt man ihn stets für einen ostelbischen Grafen und hieß das Orchester, patriotische Pieder spielen.

Nun erst kam er verständig zur Besinnung und glänzend war, was er da hinter sich gewahrte: einen Aufstieg, wie er wenigen nur geglückt war, stets in Gefahr, das Genie zu brechen und dennoch aufs verlässlichste untermauert. Umbienert von der Börse, angesehen in Geschäftspalästen, geehrt in Ministerien, dabei auch kein lächerlicher Vorgesetzter — den vielmehr seine Angestellten unter sich nicht ohne Zuneigung „Marquis Pofers“ nannten —, die Muskelpakete, deren er nun nicht mehr bedurfte, würdig mit Fett durchsetzt. — so blieb ihm für Gegenwart und Zukunft nichts zu wünschen.

Um so stärker allerdings begann die Vergangenheit ihn zu beschäftigen. — zumal er jetzt in die Jahre trat, in denen das nahende Alter gern der Empfindsamkeit die Tür öffnet. Unterirdisch ergab sich darauf ein halbdundelartiges Leben, besonders dort, wo das rückblühende Auge an gewissen, nicht völlig gelösten Verbindlichkeiten Anstoß nahm: es waren da etwa einige Mandate gegen längst niedergetrampelte Konkurrenten, weiterhin die Erbauseinandersetzung mit zwei inzwischen ausgewanderten Neffen, besonders aber die Erinnerung an ein jugendliches Dienstmädchen, angestellt bei einem Tierarzt in Leipzig, die damals, als Pofers dort noch „Ostpreussische Erde“ genannt, Ringkämpfer war, durch zielbewußte entwandene Butterkloben zu seinen Erfolgen sehr wesentlich beigetragen hatte; voll Vertrauen war sie restlos seine Braut gewesen; gleichwohl hatte er späterhin alle ihre aus Tränen und Intenstücken gemischten Briefe unbeantwortet gelassen, sobald nämlich sich ihm in Amsterdam Gelegenheit zur Heirat mit Henriette, der Tochter eines mittleren, doch energiegeladenen Perzentisten, und Rignisöldhändlers bot, — eine Heirat, die ihn mitten in den sonst streng in sich geschlossenen holländischen Delhandel hineintrieb und sich also aufs beste bezahlte.

Nun aber sprang ihn, wie gelogt, diese Erinnerung oft aufs köstlichste an; und als er eines Tages in einem seiner Bureaus eine Stenotypistin entdeckte, die nicht nur den Namen der Verlassenen, Emma Trautwein, führte, sondern auch ihr haltloses Profil aufwies, ihre freundlich schimmernden Wägen und ihr weißgelbes Haar — obgleich nicht wie das der Leipzigerin zu beheldenden Knötchen gewunden, sondern von billigem Frikesei ungegliedert verschliffen —, da stand sein Entschluß fest, diesem Fräulein zum Glück zu verhelfen. Während sie, den Blick des allmächtigen Chefs spürend, mit der entschlossenen Wut eines Maschinengewehrgehüben ihre Lasten bearbeitete, ging in ihm jählich das Gefühl auf, daß er etwas vor sich sehe, was er vielleicht sein eigen Fleisch und Blut nennen könne; und selbst wenn die Namensgleichheit nur ein Zufall wäre, könnte er, andeutend und symbolhaft, ja wenigstens hier wieder gut machen, was in Wirklichkeit natürlich niemals mehr zu ändern war; schließlich schien ihm, es könne nie schaden, sich durch Wohlsein ein wenig vom Reiz der Erfolglosen freizukaufen. Von dem eifersüchtig herangeholten Chef des Personalbureaus erfuhr er, daß Emma Trautwein seit zwei Jahren bei der Firma angestellt, ein mittelmäßiger Brauchbarkeit, elternlos, aber offenbar verlobt mit einem Herrn Timm sei, der als kaufmännischer Angestellter den Schmiedewerken Lindenlaub u. Sohn angehörte, einem Unternehmen, das Pofers aus verfahrenen Konkurrenzfehden gut bekannt war.

Ein Tag nur verging, bis Herr Timm selbst, durch einen höchsten Eilbrief davon erfuhr, nach Geschäftsabschluss bei Pofers erschien: ein nochiger, klaffer Mensch, eine mißtrauische Hakenmaße voran, schob sich an dem roten Leder der Postkoffer vorbei ins Chefbureau. Pofers, nicht viel weniger besangen, da er zum ersten Male als Ziel einer Verhandlung nicht Gewinnen, sondern Geben vor sich sah, eröffnete ihm, er habe zufällig Fräulein Trautweins Heiratsabsichten erfahren und sei willens, da das Fräulein sich außerordentliche Verdienste um die Firma erworben habe, sie und also auch Herrn Timm bei der Bewirtung ihrer Pläne möglichst zu unterstützen; allerdings dürfe sie selbst vorläufig noch nichts davon wissen. Und da der junge Mann nun keineswegs, wie Pofers dunkel vorausgesetzt hatte, dankerfüllt vor ihm niederfiel, sondern immer nur wie besessen auf die breiten, geschlossenen Nägel des Generaldirektors starrte, die beim Umlauf seiner Hände wie kleine Kräftigen hüpfen, strengte Pofers sich auch noch an, auseinanderzusetzen, welche Formen seine Hilfsbereitschaft etwa annehmen könne: falls Timm sich in der Branche selbständig machen wolle, werde er ihm mit Kredit zur Seite stehen; empfehlenswerter sei Beteiligung an einem schon bestehenden Unternehmen oder auch ein erfolgloses Engagement, das sich zur Lebensstellung ausbauen lasse; selbstverständlich werde auch Fräulein Trautwein eine vollständige Richtig erhalten. Immer noch vermodete Herr Timm nichts zu äußern, als flatternden Zweifel daran, ob er sozial Lebenswürdigkeit verdiene — worin er gleichwohl Pofers Überlegenheit wiederherstellte. „Seien Sie nicht zu beheliden, junger Mann,“ schnob er herzlich, „reisen Sie Ihr Glück beim Schopfe. Lieberreilen brauchen Sie sich nicht. Wir sind noch eine Firma aus der alten Zeit. Was mir sagen, hat Hand und Fuß.“

Während Timm sich empfahl, glitt Pofers voll glücklicher Empfindungen in seinen Sessel zurück: diese Aktion war gut angelegt und glatt im Gang; das Gewissenkonto Emma Trautwein würde

Aus der Geschichte der Attentate.

Höllenschmaschinen, die zur Unzeit losgehen . . .

Die Höllenschmaschine, die gegen den italienischen König gerichtet war, hat ihr Ziel nicht erreicht, denn sie ist zu einer falschen Zeit explodiert. Sie hat damit das Schicksal der meisten ähnlichen Mordwerkzeuge geteilt, von denen nur selten eine nach dem Willen ihrer Urheber arbeitete.

Seit dem Weihnachtstage 1800, wo die erste Höllenschmaschine der Welt gegen Napoleon I. gerichtet war, aber durch zu späte Entzündung nur diesen unschuldigen Menschen das Leben kostete, ist bis auf den heutigen Tag die mangelhafte Bauart dieser neuzeitlichen Kampfmittel schon duzend Male die Todesursache Unbeteiligter geworden. Für den Attentäter hat die Höllenschmaschine den Vorteil, daß er sie zu einer Zeit, wo er unbeachtet ist, an dem Ort des Angriffs niederlegen kann, denn mit Hilfe einer Uhr kann er ihre Wirkung für einen ganz bestimmten Augenblick vorausbekommen. Wenn der Zeiger die Stunde des Zifferblattes erreicht hat, in der die Explosion stattfinden soll, löst er durch einen besonderen Mechanismus eine Abzugsvorrichtung aus, die das Dynamit entzündet. Während der Bombenwerfer mit seiner eigenen Person für seine Tat eintritt, kann jener aus dem Hinterhalt und unbemerkt zuschauen, welchen Erfolg seine tobende Arbeit hat. In den meisten Fällen tut ihm die Höllenschmaschine allerdings nicht den Gefallen, gerade in dem Augenblick loszugehen — es handelt sich immer um Sekunden —, was ihn in Aussicht genommene Opfer sich in ihrer Nähe befindet. So war es auch jetzt wieder bei dem Attentat gegen den König von Italien, der verfehlt wurde, während mehr als 50 Soldaten und junge Männer zum Teil getötet, zum Teil schwer verwundet wurden.

Die meisten ähnlichen Angriffe auf sein Leben hatte der Zar Alexander III. von Rußland zu erleiden. Er war von der Polizei stets bewacht, besonders wenn er sich auf einer Fahrt außerhalb seines Palastes befand. Alle Wege waren im weiten Umkreis abgesperrt, so daß kein Unbefugter in seine Nähe kommen konnte. Die Rikhlsten, die es auf das Leben des Zaren abgesehen hatten, mußten darum zu den sonderbarsten Maßnahmen greifen, um ihr Ziel zu erreichen. Zweimal entging Alexander nur durch Zufälle

dem Tode, der ihm durch Höllenschmaschinen zugebracht worden war. Die Bahnstrecken, auf denen sein Extrazug fahren sollte, waren beide Male ausgehöhlt und im Augenblick, wo die Eisenbahn über diese Stellen raste, sollte sich durch ein Uhrwerk eine Höllenschmaschine entzünden, deren Dynamitmenge groß genug war, um den ganzen Zug in die Luft zu sprengen. Beide Male ging aber die Explosion zu spät vor sich, so daß die kaiserliche Familie dem Verderben entronn. Auch König Alfons XIII. von Spanien, König Louis Philippe und Kaiser Napoleon III. wurden mehrfach durch ähnliche Mordmaschinen bedroht, die aber stets nur anderen Menschen das Leben kosteten.

Während sich alle diese Attentate gegen Staatsoberhäupter richteten, hatte das grausigste Verbrechen ähnlicher Art nicht einen politischen Grund, sondern schändliche Gewinnlust und die Veranlassung dazu. Es handelt sich um die bekannte Katastrophe von Bremerhaven vom 11. Dezember 1875. Der Amerikaner Thomas hatte ein Schiff mit billigen Waren beladen und mit einer gewaltigen Summe versichert. Unter Deck brachte er ein Faß mit Nitroglycerin an, in dem sich ein Uhrwerk befand, das nach acht Tagen in Tätigkeit treten und das Schiff mit Mann und Maus in die Luft sprengen sollte. Aber auch hier wollte ein furchtbares Geschick, denn die Höllenschmaschine ging infolge eines Fehlers zu früh los, als sich das Schiff noch im Hafen befand. Mehr als hundert Menschen fanden dabei ihren Tod. Dies ist der einzige Fall dieser Art, den die Geschichte der Verbrechen aufzuweisen hat, denn erfreulicherweise hat bisher noch niemand außer Thomas die Gewissenhaftigkeit bezeugt, eine ganze Schiffebesatzung in den Tod zu schicken, um sich dadurch zu bereichern.

Es läßt sich noch eine große Anzahl ähnlicher Vorgänge anführen, die im politischen Haß ihre Ursache haben, denn das Kapitel der politischen Attentate ist sehr groß. Aber der Verkauf der meisten von ihnen ist ziemlich gleichmäßig gewesen und den bisher geschiederten Ereignissen sehr ähnlich. Noch viel größer ist die Zahl der Attentate, in denen die Männer unter Einfluß ihres Lebens mit Revolver oder Bombe verhöhte Nachhaber beseitigen wollten.

getilt werden. Er trommelte ein wenig zwischen den Bestenknöpfen umher, ehe er klingelte, um die letzten Unterschriften des Tages zu vollziehen.

Seine geläutete Stimmung hielt sich etwa drei Wochen. Beinahe begeistert er sich inzwischen selbst an dem Glück des künftigen Ehepaars: eine Dreizimmerwohnung in einem hübschen Gartenhaus, die man durch irgendeinen persönlichen Eingriff schon frei machen würde, dazu Möbel, die nach den ermutigenden Geruch der Fabrikposition an sich trugen, Staubsauger und Grammophon natürlich, vielleicht auch ein zweiflügeliges Motorrad für Sonntagsausflüge, oder ein Paddelboot. — ein Glück kurzum, wie es dem kleinen Rindvieh angemessen war. Dies dauerte bis zu jenem Nachmittag, an dem er den Wollkäuder Seidenspinner Lombardi, einen Großabnehmer der Firma, im Auto zum Anhalter Bahnhof brachte. Es war ein strahlend heijer Sonntag, der die Straßen nahezu leer machte: nur dann und wann begegnete ihm eine einsame Kriegervidwe mit ihrem Kinderwagen, ein schon halb betrunkenes Jungeselle oder ein Kommiss mit jenem mißmutigen Trost im Gesicht, den ein verfehltes Stelldichein hinterläßt. Da aber sah Pofers, in der Nähe des Bahnhofs schon, an den Uferböschungen des stillen Kanals, ein Mädchen schmerzlich erklangschleichen, das durchaus Emma Trautwein glich. — weniger vielleicht noch der aus seinem Bureau, als der, die vor Jahren an eben solchen Sonntagen feidburchnächste Pafete für ihn durch die Hitze geschleppt hatte. Sie gefiel ihm übrigens — der seit Henriettes frühem Tode besseres gewöhnt war — nicht besonders: das Bein unter dem kurzen Rock etwa schien ihm allzu kugelig; immerhin, — den Ansprüchen, zu denen der Angestellte Timm berechtigt war, konnte sie genügen. Wo aber war er selbst? Welcher Beichiffen, eine so unerhofft gute Partie am Sonntag, an dem kein Mädchen lange allein zu sein braucht, sich selbst zu überlassen? Pofers fühlte, wie seine gute Baune ins Wanken geriet, konnte aber mit Rücksicht auf den frühlich schwahenden Italiener den Wagen nicht halten lassen. Jehn Minuten später vom Bahnhof zurückkehrend aber fand er das Konakuser weit und breit leer.

(Schluß folgt.)

Ein musikalisches Kuriosum.

Berichtet von Anna Schwabacher-Deichröder.

Es sind etwa fünfzig Jahre vergangen, seit in Berlin ein musikalisches Erlebnis stattfand, das alle Dirigenten Deutschlands und auch des Auslandes aufhorchen ließ, Orchestermeister und Sänger in beinahe ehrsüchtiges Stauen versetzte und sich in dem Ausmaß wohl kaum wiederholt hat. Obzwar eine Wiederholung des fähnen Unternehmens heute nicht auf die Fernnisse hoffen würde wie damals.

Es wurde nämlich in der Berliner Philharmonie Beethovens Reunte Sinfonie zweimal hintereinander an einem Abend aufgeführt. Ohne jede Kürzung selbstredend. Ein tolloses Experiment, das aber gelang. Um so tühner war das Unternehmen, als ganz am Ende der Konzertsaison, schon fast Winterstürme dem „Mornemond wichen“ und der Saal nach irischen Beisähen duftete, die die Damen trugen. Drüdend voll der große Raum. 4500 Personen erfüllten ihn stehend und stehend. Keine Stule leer. Ganz droben, wie meist, die Kunstbesessenen mit der Partitur.

Hans v. Bülow, damals ein Wandervogel, führte den Dirigentenstab. Die Sache erschwerte wirkte noch der Umstand, daß ziemlich kurz vorher der damalige Hofkapellmeister Sacher die Beethovenische Raunte meisterhaft mit keiner Opernpafete, dem allberühmten Sternchen Belangorein und den besten Sängerkünstlern der Hofoper herausgebracht hatte.

Bülow's begeisterte, kunstverständige Gefolgschaft bildete zunächst das Philharmonische Orchester, während die weiblichen Solopartien in den Händen von Frau Wehler-Loewy aus Leipzig und Frau Wehler u. Sacherer aus München lagen. Die männlichen sangen ein bis dahin unbekannter Tenorist Dippol und — so berichtet der bekannte Musikkritiker Ehrlich — „der Großherzoglich Weimarer (treffliche) Hofopernsänger Schwarz, endlich ein ganz junger, erst seit wenig Jahren von einem ganz jungen Herrn Ohs gestifteter philharmonischer Chor“. Dieser junge Herr Ohs ist natürlich unser großer Chordirigent Siegfried Ohs, der dieser Tage seinen 70. Ge-

burtsstag feierte, und dessen Ruhmestaufbahn mit diesem „musikalischen Kuriosum“ beginnt.

Nach der einmaligen Darbietung der herrlichen Schöpfung lohnt lauter Dank den beiden genialen Dirigenten Hans v. Bülow und Siegfried Ohs und dem feinsinnigen Miteigenen der Solisten und des Orchesters.

Dann aber, als das Brausen abebbt, schwirrt es durch den Saal: „Undenkbar, unmöglich, dies noch einmal und so zu leisten — das Orchester gab sein Bestes — die Solisten müßten auch erschöpft sein — und nun gar die Leiter der grandiosen Sache . . .“

Fast wollte man gehen. Um so mehr, als man mußte, daß Bülow damals von einem Rheumatismus derart gequält wurde, daß er oft nur unter unsäglichen Schmerzen mit eiserner Energie dirigieren konnte. Und Ohs — er freilich war ganz jung damals. Wer aber, wie die Verfasserin, die noch vor drei Jahren Gelegenheit hatte, in Wildbad Meißner Ohs zu sprechen, von seinen Lebenserinnerungen zu hören, keine Augen leuchten zu sehen, auf die das Dichtermotiv paßt, daß „sein Alter so frisch blüht, wie edler Wein“, der zweifelt keinen Moment daran, daß Meister Ohs dies „musikalische Kuriosum“ auch heute noch gelingen würde, wie es damals gelang.

Geben wir das Schlüsselwort für die Beurteilung der zweiten Aufführung der Reunte an einem Abend einem der ersten Musikkritiker jener Tage: „Auch das zweimal vereinigte Bülow all diese verschiedenartigen Kräfte in unvergleichlicher Weise. Die Soli erschallten so sicher und frei wie nie zuvor . . . Die Ehre unter dem jungen Ohs waren ganz vortrefflich, und das herrliche Orchester bildete eine vollendete, jedem leisesten Wink beieitert und verständnisvoll folgende siegreiche Gesamtheit.“

Die Baukunst der neuesten Zeit.

Ein allgemein verständliches Werk über moderne Architekturfagen.

Im Format und in der Aufmachung der großen Propyiden-Kunstgeschichte (aber nicht in ihrem Verband) ist unter dem Titel „Die Baukunst der neuesten Zeit“ eine monumentale Darstellung der heutigen Baukunst von dem Mannheimer Architekt Gustav Adolf Pflaß erschienen. Der Propyidenverlag hat den gewichtigen Band mit etwa 400 vorzüglichen Abbildungen ausgestattet. Es ist das kostfreidste und vielseitigste Werk über die Architektur der letzten 30 Jahre, mit starker Betonung der Deutschen, die uns so auch am nächsten liegen; kaum ein bedeutendes Werk öffentlicher und privater Art fehlt; es ist ein Nachschlagewerk für jedermann und besitzt, da die Baukunst heute ohne Zweifel die führende Kunst ist, allgemeines Interesse. Daß in der Tat überall die Aufmerksamkeits für architektonische Fragen, die früher wenig beachtet waren, in erstaunlichem Grade gewachsen ist, beweist der Umstand, daß von diesem zur nicht billigen und sehr handlichen Buch noch wenigen Monaten eine zweite Auflage erscheinen mußte.

Text und Abbildungen greifen zurück einerseits zu den bedeutendsten Ingenieurbauten (Eisenbrücken, Kieferntrane, Londoner Kristallpalast usw.), andererseits bis zu Wessel, Otto Wagner, Fischer und der Darmstädter Künstlerkolonie. Hauptanteil und besonders Liebe des Verfassers aber gebührt, und das bildet den besonderen Wert des Buches, der neuesten Entwicklung seit Kriegsende, deren Kühne und neue Jweckformen wir überall durchdringen und endlich auch in Berlin in entsprechendem Maße sichtbar werden sehen. Die Träger dieser Entwicklung sehen wir bei der älteren Generation in Postzig, Behrens, Tessenow, in der jüngeren, radikal vorgehenden, etwa in Gropius, Mey, Ries u. d. Robe, Mendelssohn, Gehlhorn, Schareun, Laut u. a., um bei den Deutschen zu bleiben. Der vorzüglich fundamentierte Optimismus, den Pflaß dieser neuen, das Gesicht unserer Zeit bestimmenden Baukunst entgegenbringt, ist ebenso sympathisch und macht das Buch ebenso lesenswert wie seine allgemein verständliche Art, moderne Baufragen zu behandeln und von den verschiedensten Seiten aus zu beleuchten. Er geht auf die Entwicklung des Ganzen ein wie auf die einzelnen Künstler und widmet die Hälfte seiner Arbeit der eingehenden Betrachtung aller Einzelfragen formaler, technischer, materieller, konstruktiver Art, vom Baumaterial bis zum Städtebau und dem Begriff des Monumentalen. Ein höchst lesenswertes, ein dankenswertes und notwendiges Buch. Dr. Paul F. Schmidt.

